

Proletarier aller Länder
vereinigt euch!

die internationale

LAGE UND PERSPEKTIVEN WESTEUROPAS	3
OFFENER BRIEF DER IV. INTERNATIONALE AN DIE SOWJETISCHEN ARBEITER	12
<i>H. V.:</i>	
LEO TROZSKIS SIEG	16
ZEHN GEBOTE FÜR DEN KRITISCHEN KOMMUNISTEN	21
<i>E. Germain:</i>	
DER 6. FÜNFJAHRES-PLAN DER SOWJETUNION . . .	30
<i>Hans Schreiber:</i>	
DIE KRISE IN DER SED	35
ENTSCHEIDENDE FRAGEN DER KOMMUNISTISCHEN POLITIK	40
<i>f. m.:</i>	
ÖSTERREICH NACH DEN WAHLEN	44
<i>L. B.:</i>	
ZUM KAMPF DER ARBEITER VON POSEN	48
<i>f. m.:</i>	
„AM BEISPIEL ÖSTERREICHS“	49

die internationale

erscheint vierteljährlich als Organ des Internationalen Sekretariats der
IV. Internationale

Nr. 3 erscheint im Oktober 1956.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und verantwortlicher Redakteur:
Franz Modlik, Wien XII, Gaudenzdorfer Gürtel 15.

Druck: A. Luigard, Wien VIII, Pfeilgasse 35.

Bestellungen und Zuschriften an Postamt Wien 82, Postfach 96.

Lage und Perspektiven Westeuropas

Gehemmte Wirtschaftskonjunktur

Der allgemeine Rahmen eines etwas „außer Atem geratenen“ Booms der kapitalistischen Weltwirtschaft umspannt auch die europäische Wirtschaftskonjunktur, die sich zwar noch immer auf hohem Niveau hält, jedoch durch eine Reihe von Faktoren und durch verschiedene „Engpässe“ bereits gehemmt wird, wie Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, Verknappung bestimmter Rohstoffe, beschleunigte inflationistische Tendenzen. Andererseits zeigt die Nachfrage, obwohl sie sich allgemein noch auf hohem Niveau hält, un- zweifelhaft auf bestimmten Gebieten eine sinkende Tendenz. Das erklärt, warum einige Länder immer noch eine passive Handelsbilanz aufweisen, in anderen sich die Relation Export-Import verschlechtert sowie das globale Dollar-Defizit Europas erhöht.

Die industrielle Produktion wächst zwar noch an, jedoch hat sich der Rhythmus im Vergleich zu 1955 verlangsamt. Selbstverständlich weist diese Entwicklung in den einzelnen Ländern ganz spezifische Züge auf.

So sind England und die skandinavischen Staaten von der Inflation am meisten betroffen (wenn wir von den Sonderfällen Griechenland und Spanien absehen). Sie leiden gleichzeitig an Exportschwierigkeiten und an der Sättigung des Marktes auf bestimmten Gebieten: Autos, dauerhafte Konsumgüter, Bauwesen. Die industrielle Produktion dieser Länder liegt zwar über der des Jahres 1955, weist aber nur langsame Fortschritte und in manchen Fällen sogar eine Tendenz zum Stillstand auf.

Besser ist die Lage in Deutschland, Holland, Belgien — und unter dem Gesichtspunkt des Ansteigens der Industrieproduktion —, in Italien und sogar in Frankreich. *Die inflationistische Tendenz ist jedoch allgemein.*

Die neue inflationistische Welle

Seit 1953 ist eine neue inflationistische Welle ausgelöst worden, die sich augenblicklich verstärkt. Sie liegt in der Größenordnung von rund zehn Prozent für England und Dänemark; von etwa sieben Prozent für Länder wie Österreich, Italien, Holland, Schweden, Norwegen; von vier Prozent für Frankreich und die Bundesrepublik.*) Sie liegt über 25 Prozent in Griechenland und über

*) Auf der Basis 1953 = 100 (nach „The Economist“).

40 Prozent in Spanien. Das erklärt auch die sogenannten „anti-inflationistischen“ Maßnahmen, die seit einiger Zeit von verschiedenen europäischen Regierungen getroffen werden, so etwa die mehrmalige Erhöhung des Diskontsatzes, um die Kredite zu beschränken und Nachfrage und Angebot auf dem Kapitalmarkt ins Gleichgewicht zu bringen. Gleichzeitig wird jedoch hiedurch auch die Expansion gebremst; der „Engpaß“ des „verteuerten“ Kredits wird noch enger gemacht.

Jüngstes Beispiel für diese Sorgen des Monopolkapitals, das mit den Großbanken und den industriellen Großhandelsfirmen verbunden ist, liefert die Bundesrepublik, die, trotzdem sie eine der „festesten“ Währungen besitzt und sich auf Reserven von mehr als zwei Milliarden Dollar stützt, dennoch den Diskontsatz auf 5,5 Prozent erhöht hat.

In einer internationalen Konjunktur mit lebhafter Konkurrenz auf den Auslandsmärkten liegt es im Interesse des Finanzkapitals, die Produktionskosten herabzusetzen und von der nationalen Produktion so viel wie möglich auf die Weltmärkte zu werfen. Eine inflationistische Politik, die von der steigenden Nachfrage des inneren Marktes (dank Vollbeschäftigung und Expansion der mittleren Betriebe) angefacht wird, läuft darum jetzt den Interessen der Monopolisten zuwider, da sie die erworbenen Auslandsmärkte erhalten oder gar erweitern wollen.

Die wirtschaftlichen Perspektiven Westeuropas

Wenn auch im Laufe dieses Jahres keine wirkliche „Rezession“, kein Rückschlag erfolgen wird, so wird 1956 doch ein weniger günstiges Jahr sein als 1955.

Will man eine Prognose aufstellen, so muß eine Reihe von Faktoren berücksichtigt werden, von denen die wichtigsten folgende sind: die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaftskonjunktur; die Aufnahmefähigkeit der Märkte kolonialer und abhängiger Länder; die Möglichkeiten des Ost-Westhandels; die Lösung der Probleme des Arbeitermangels und der Verknappung bestimmter Rohstoffe. *Diese Faktoren werden bei Vorhandensein eines Produktionsapparates zur Geltung kommen, der infolge der vergangenen und laufenden Investitionen, angestachelt durch die Konkurrenz, ständig wächst.*

Die amerikanische Konjunktur geht bereits einer neuen „Rezession“ entgegen. Wenn der Staat nicht große neue Ausgaben bewilligt und die Privatindustrie nicht gewaltige Summen in die Automation und in die Atomindustrie investiert, dann droht dieser Rückschlag einen viel größeren Umfang anzunehmen als in der

Vergangenheit und diesmal auch die europäische Wirtschaft zu ergreifen.

Die Aufnahmefähigkeit der kolonialen und abhängigen Länder wird heute gleichzeitig durch die Wirkungen der landwirtschaftlichen Überproduktion und die inflationistische Unordnung gebremst, die in mehreren dieser Länder herrscht.

Die Möglichkeiten, die der Ost-Westhandel im Klima der „Entspannung“ und der „friedlichen Koexistenz“ bietet, sind zwar reell, aber begrenzt. Der Austausch zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten und den Arbeiterstaaten wird durch den Mangel an Zahlungsmitteln und die Struktur dieses Austausches begrenzt, da dieser weitgehend nicht komplementär ist. Hingegen kann der Austausch zwischen den Arbeiterstaaten und den kolonialen und abhängigen Ländern viel stärker ansteigen, da erstere industrielle Ausrüstungsgüter und letztere landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe liefern können.

Sollte es dazu kommen, dann droht sich die Lage der hochentwickelten kapitalistischen Staaten auf diesem für den Imperialismus so wichtigen Gebiet durch den „wirtschaftlichen Wettbewerb“ mit den Arbeiterstaaten zu verschärfen und das Klima der „Entspannung“ zu beeinträchtigen.

Was die Lösung der Probleme der Verknappung von Arbeitskräften und Rohstoffen (z. B. Kohle) anbelangt, so werden die Kapitalisten gezwungen sein, in der Modernisierung des europäischen Produktionsapparates durch weitgehende Anwendung der Automation und der Atomenergie einen Ausweg zu suchen. Die gesteigerte internationale Konkurrenz drängt ebenfalls in diese Richtung. Dies jedoch wird nur die Produktivität des europäischen Industrieapparates innerhalb eines Marktes steigern, dessen Zahlungs- und Aufnahmefähigkeit stabil bleibt.

So ergibt sich der Schluß, daß die unmittelbaren Aussichten der westeuropäischen Wirtschaft für das Jahr 1956 zwar noch gut sind, daß sie jedoch auf lange Sicht besorgniserregend, ja sogar düster erscheinen.

Die Bourgeoisie, die sich dieser Gefahren bewußt ist, will ihnen durch Erweiterung des europäischen Marktes als Ganzes, und dessen Ausstattung mit einem modernen Produktionsapparat, durch Anwendung der Atomenergie auf breiter Basis begegnen. Das ist der Sinn der beiden Projekte: „Gemeinsamer Europäischer Markt“ und „Euratom“. Natürlich sind dies Pläne, die vor allem den intereuropäischen Monopolinteressen, in denen das deutsche Großkapital eine ständig wachsende Rolle spielt, zugute kommen. Daher stoßen diese Pläne, vor allem in Frankreich, auf den Widerstand anderer Finanz- und Industriekreise, die verhindern wollen, daß ihnen die Kosten eines solchen Unternehmens aufgehalst werden.

Die sozialen und politischen Auswirkungen

Prüfen wir nun die sozialen und politischen Folgen der augenblicklichen Wirtschaftskonjunktur in Westeuropa, die zwar Vollbeschäftigung, aber auch die Gefahren einer Inflation und einer „Rezession“ aufweist.

Verstärken sich diese Gefahren, so werden unvermeidlich große Kämpfe der Arbeiterklasse ausbrechen, die sich, je nachdem, welcher Zug der Wirtschaftslage im Vordergrund stehen wird, auf

- ◆ Lohnerhöhungen,
 - ◆ Verkürzung der Arbeitszeit,
 - ◆ Kontrolle der Auswirkungen der Automation
- erstrecken werden.

Die vorherrschende Sorge der Arbeiter gilt augenblicklich der Abwehr der Folgen der Inflation und der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung.

In den großen Streiks, die während des ersten Halbjahres 1956 in Finnland und in Dänemark ausbrachen, ging es hauptsächlich um Lohnerhöhungen angesichts einer brüsken Steigerung der Lebenshaltungskosten in diesen Ländern. Auch in England hat die Inflation eine wahre Flut von Lohnforderungen ausgelöst, die sich nicht nur auf Arbeiter, sondern auch auf Angestellte und Beamte erstrecken.

Die Sorge der Arbeiter hinsichtlich Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung fand ihren Ausdruck auch in verschiedenen Kundgebungen, Kongressen, Konferenzen und sogar Streiks, in denen es um die Automation ging. Das war auch die Ursache für den Streik der 11.000 Arbeiter der *Standard Motors* in England, wo infolge der Einführung der Automation die Produktivität um 40 Prozent gesteigert und gleich anfangs 3000 Arbeiter entlassen wurden.

Es ist hoch an der Zeit, daß die europäischen Gewerkschaften den Kampf

- ◆ gegen das Überstunden-Unwesen,
- ◆ für die 40-Stunden-Woche ohne Lohnkürzung,
- ◆ für drei Wochen bezahlten Urlaub

verallgemeinern, um den durch die Automation und eine neue „Rezession“ auftauchenden Gefahren zu begegnen.

Die Bedingungen für den Erfolg eines solchen Kampfes sind ausgezeichnet: die Vollbeschäftigung gibt den Arbeitern eine Waffe in die Hand, mit der sie den Unternehmern diese Konzessionen umso leichter abringen können, als diese dem Druck der verstärkten internationalen Konkurrenz ausgesetzt sind.

Auch auf politischem Gebiet sind die Auswirkungen der augenblicklichen Wirtschaftskonjunktur spürbar. Hier liegt zum Großteil die Erklärung für die mehr oder minder große politische Stabilität der europäischen Länder, für die relativ „liberale“ Haltung eines bestimmten Teiles der französischen und der italienischen Bourgeoisie sowie für das Anwachsen des Einflusses der sozialdemokratischen Parteien auf Kosten der kommunistischen Parteien.*)

Die relative politische Stabilität, die großteils auf eine noch sehr günstige Wirtschaftskonjunktur zurückzuführen ist, prägt sich unbestreitbar im Augenblick in der Bundesrepublik, in Holland, Österreich, Belgien, Italien deutlicher aus als in Griechenland, Spanien, England oder in Frankreich. Sie wird in den erstangeführten Ländern wahrscheinlich ohne sensationelle Entwicklungen für 1956 aufrechterhalten bleiben. Im Gegensatz hierzu zeichnen sich für England, Griechenland, Frankreich und Spanien infolge der in diesen Ländern anders gearteten wirtschaftlichen Lage, aber auch auf Grund von Besonderheiten, die jedes Land aufweist, wichtige unmittelbare politische Perspektiven ab.

England

In England muß sich die Bourgeoisie auf eine Kraftprobe mit dem Proletariat einlassen, um die Produktionskosten zu senken und den inneren Konsum zu beschränken. Sie muß den Forderungen der Arbeiter, die unter dem Druck der steigenden Lebenshaltungskosten stehen, einen heftigeren Widerstand entgegensetzen als bisher, und die Modernisierung ihres Produktionsapparates, unabhängig von deren Folgen für die Vollbeschäftigung, vorantreiben. Wir gehen also in Großbritannien einer Verschärfung der sozialen Lage entgegen. Dabei ist die Kraft des englischen Proletariats keineswegs gebrochen. Es ist im Gegenteil entschlossen, in organisiertem Widerstand der Offensive der Bourgeoisie entgegenzutreten.

Wenn sich auch unmittelbar und direkt der Kampf in den Gewerkschaften abspielt, so dürfen seine politischen Auswirkungen innerhalb der Labour Party keineswegs unterschätzt werden. Die britische Arbeiterpartei gewinnt bei den Massen wieder an Boden. Dies geht sowohl aus den Ergebnissen der letzten parlamentarischen Nachwahlen als auch aus den Gemeindewahlen hervor. Andererseits zeichnet sich innerhalb der Gewerkschaften, die der Arbeiterpartei angeschlossen sind, eine Tendenz ab, das Joch der Parteiführung abzuschütteln und den linken, von Bevan und der „Tribune“-Gruppe geführten Flügel wirksamer zu unterstützen. So eröffnet sich die Perspektive einer neuen Labour-Regierung, eines

*) Die überdies noch die Kosten der „Entstalinisierung“ zu tragen haben.

Sieges der bevanistischen Tendenz innerhalb der Arbeiterpartei, oder aber, im Falle, daß die Rechte in ihrem Widerstand bis zum Äußersten gehen sollte, die Perspektive einer Spaltung der Labour Party und der Herausbildung einer mächtigen zentristischen Partei.

Griechenland

In Griechenland geht eine uferlose Inflation Hand in Hand mit einer Arbeitslosigkeit von mehr als 300.000 und der beschleunigten Verarmung sehr großer Schichten des Volkes.

Die Unzufriedenheit der Massen mit der Polizei- und Militär-Diktatur unter dem Patronat des amerikanischen Imperialismus hat in den Ergebnissen der letzten Wahlen ihren Niederschlag gefunden. Trotz aller Wahlfälschungen hat die Opposition die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erhalten. Innerhalb der Opposition hat die EDA — eine Wahl-Tarnorganisation der griechischen KP — einen bedeutenden Sieg errungen. Und das trotz ihrer Kompromißpolitik mit diskreditierten bürgerlichen Parteien, denen die griechische KP freiwillig sowohl Stimmen als auch Sitze geopfert hat.*)

Der heroische anti-imperialistische Kampf der zyprischen Massen übt einen starken Einfluß auf die politische Entwicklung in Griechenland aus. Während die griechische Bourgeoisie den Kampf Zyperns als Mittel benutzen will, um die Bewegung der griechischen Massen auf den britischen Imperialismus hin abzulenken, wenden sich die Massen dennoch gegen den Imperialismus insgesamt und gegen dessen einheimische Lakaien. Die Lage in Griechenland entwickelt sich rasch in Richtung auf die Beseitigung des augenblicklichen Regimes zu, die nur noch durch ein direktes Eingreifen der Armee verhindert werden kann.

Unzweifelhaft sind jedoch Frankreich und Spanien jene Länder, in denen die unmittelbaren politischen Perspektiven am aussichtsreichsten sind.

Frankreich

In Frankreich droht der algerische Krieg die augenblicklich günstige Wirtschaftskonjunktur sowie die mit Tunesien und Marokko getroffenen Abkommen und den relativen „sozialen Frieden“ in der Metropole zu gefährden. Während die Entsendung der zum Militär Einberufenen nach Algerien den Arbeitermangel verschärft, wird die Lücke im französischen Staatshaushalt infolge der Kriegslasten immer größer. Eine neue inflationistische Welle steigt an.

*) Amerikanische Kreise schätzen die Zahl der Sitze, welche die EDA erhalten haben würde, falls sie ihre Kandidaten auf getrennten Listen aufgestellt hätte, auf das Drei- bis Vierfache der von ihr gewonnenen Sitze im Parlament.

Die tunesische wie die marokkanische Bourgeoisie benutzen den Algerienkrieg, um die vertraglich mit Frankreich festgelegte Bindung, die als „Unabhängigkeit in gegenseitiger Abhängigkeit“ definiert wurde, so auszulegen, daß sie eine maximale Bewegungsfreiheit erreichen. Da sie andererseits dem mächtigen Druck ihrer eigenen Massen, die sich in vollem revolutionären Aufschwung befinden, ausgesetzt sind, müssen sie einander in Beteuerungen ihrer „Solidarität“ mit Algerien, das um seine Unabhängigkeit kämpft, überbieten. Würden sie es wagen, eine andere Haltung einzunehmen, so würden die kaum gefestigten Regierungen Bourguibas in Tunesien und des Sultans in Marokko sich sehr rasch und gründlich diskreditieren. Die französische Bourgeoisie, die durch ihr teilweises Nachgeben in Tunesien und Marokko hoffte, Algerien halten zu können, verliert auf diese Weise an allen Ecken und Enden.

Der Kampf der nordafrikanischen Massen ist der Motor eines unaufhaltsamen Prozesses der permanenten Revolution im gesamten Maghreb, d. h. in ganz Nordafrika. Der algerische Krieg verleiht der revolutionären Aktion der Massen in Tunesien und Marokko neuen Aufschwung. Umgekehrt wieder bedeutet deren Solidarität mit Algerien eine materielle, militärische und moralische Stärkung für die Kämpfer der algerischen Revolution.

Die Gebiete von Marokko und sogar von Tunesien, die an Algerien angrenzen, stehen unter der Kontrolle der *Befreiungsarmee des Maghreb*, die mit den eigentlichen algerischen Streitkräften zusammenarbeitet.

Die Idee der Einheit Nordafrikas im Rahmen einer föderativen Republik der drei Länder — Tunesien, Marokko, Algerien — hat im Bewußtsein der Massen, die im Kampf den zugleich nationalen wie sozialen Charakter ihrer Revolution entdecken, bedeutend an Boden gewonnen. In Frankreich selbst wächst trotz des Verrats der sozialistischen Partei in der Algerienfrage und der Unterstützung, die dieser Politik praktisch durch die Führung der kommunistischen Partei gewährt wird, der Widerstand gegen diesen Krieg sowohl bei den Mitgliedern als auch bei der mittleren Funktionäreschicht beider Parteien. Die Demonstrationen von Einberufenen gegen ihre Verschickung nach Algerien erhalten seitens der Bevölkerung eine immer breitere Unterstützung.

Es erscheint darum unwahrscheinlich, daß sich die Bourgeoisie in Algerien ähnlich wie in Indochina auf einen langen Krieg einlassen kann. Sie wird auch in Algerien gezwungen sein, „Verhandlungen“ und eine ähnliche Lösung wie in Tunesien und Marokko anzustreben, und zwar trotz der besonderen Schwierigkeiten, die im Falle Algeriens vorhanden sind.

Aber eine solche Lösung könnte nicht einfach das Ergebnis einer sich „in Ruhe“ vollziehenden Entwicklung der Politik der

Bourgeoisie im Rahmen des augenblicklichen Regimes sein. Ohne schwere Erschütterungen kann es hierbei nicht abgehen. Die Art, wie man die Algerienfrage zu lösen gezwungen sein wird, droht die innere Krise Frankreichs auf die Spitze zu treiben, wodurch die Kräfte der Linken und Rechten, noch stärker polarisiert, sich in einem gewaltsamen Konflikt gegenüberstellen werden. Die Rechte würde versuchen, diese Lage zur Errichtung einer „autoritären“ Regierung zu benutzen, ein Versuch, der nur durch die energische Abwehr der Massen vereitelt werden könnte.

Die Mobilisierung der Massen ist in Wirklichkeit bereits so weit gediehen, daß trotz der verräterischen Politik der SP- und KP-Führung, innerhalb der Bedingungen, welche die augenblickliche Lage in Frankreich charakterisieren, eine bedeutende revolutionäre Entwicklung vorausgesagt werden kann. *Augenblicklich reift in Frankreich eine vorrevolutionäre Situation heran, die mit dem Kulminationspunkt der algerischen Krise zusammenfallen wird.*

Spanien

In Spanien ist die Krise des Franco-Regimes nunmehr offenbar geworden. Den Demonstrationen der Studenten sowie der Intellektuellen folgten die Streiks der Arbeiter in Navarra, im Baskenland und in Katalonien.

Die Krise entwickelt sich auf dem Hintergrund einer außerordentlich prekären Wirtschaftslage. Washington hat zwar im letzten Jahr eine nicht-militärische Hilfe in Höhe von rund 50 Millionen Dollar bewilligt, doch konnte dies die Wirkung der stagnierenden Agrarproduktion sowie der erdrückenden Lasten für die Unterhaltung von Armee, Polizei und Verwaltungsbürokratie nicht ausgleichen. Zur gleichen Zeit sind die Lebenshaltungskosten um 30 Prozent gestiegen. Daher die Gärung in den Reihen der Arbeiterschaft, als die Regierung ab 1. April eine Lohnerhöhung von nur 20 Prozent bewilligte.*) Nicht weniger in Not ist die Bauernschaft. Im letzten Winter hat im Süden des Landes der Frost schwere Schäden in der Landwirtschaft angerichtet, die auf mehr als 100 Millionen Dollar geschätzt werden.

Die tiefe soziale Unrast findet ihren Ausdruck selbst in den Reihen der drei traditionellen Pfeiler des Regimes: Kirche, Armee und Falange. Es gab Priester, die sich mit den Streikenden solidarisch erklärten und offene Briefe verbreiteten, in denen sie die Aufmerksamkeit auf das Elend und die Verzweiflung der Arbeiter sowie auf die Gefahren einer gleichgültigen Haltung oder gar von Repressalien seitens der Machthaber lenkten.

*) Der Stundenlohn der Arbeiter liegt bei ungefähr 0.15 Dollar, rund 63 Pfennig bzw. S 3.80.

Der katholische Führer Gil Robles ist mit Unterstützung der Kirche auf ebenso sensationelle wie bedeutungsvolle Weise durch seine Verteidigung der Studenten und Professoren, die wegen ihrer Tätigkeit gegen die Regierung angeklagt waren, in die politische Arena zurückgekehrt.

In der Armee haben sich in Barcelona, Sevilla und Valencia Juntas von Offizieren gebildet. Wie zur Zeit der Monarchie ist dies ein Zeichen von Unzufriedenheit und Gärung.*)

Franco hat das übrigens selbst in seiner an die Armee in Sevilla gerichteten Rede zugegeben. In der gleichen Stadt hat er sich in einer an die Falange gerichteten Rede bemüht, deren Unzufriedenheit zu beschwichtigen. Francos Nachfolge ist in Wirklichkeit bereits offen. Wenn die herrschenden Klassen sicher wären, eine monarchistische Lösung und einen Übergang auf „kaltem Wege“ erreichen zu können, würden sie ihn gerne opfern, um eine neue Revolution zu vermeiden. Aber die monarchistische Lösung erweist sich mehr und mehr als unpopulär, und der Übergang infolgedessen als gefährlich. Franco könnte jedoch sehr bald entweder durch eine sich für den nächsten Winter ankündigende breitere Volksbewegung fallen, oder aber, wenn Washington sich weigert, ihm eine Soforthilfe von etwa 200 Millionen Dollar zu bewilligen, die er zur Deckung der dringendsten augenblicklichen Bedürfnisse braucht.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die spanischen Massen erneut in Aktion treten, der Unschlüssigkeit der herrschenden Schichten sowie Washingtons ein Ende bereiten und den Sturz Francos beschleunigen. Es ist aber ebensowenig ausgeschlossen, daß Washington, das sich jetzt der Unvermeidlichkeit eines solchen Ausgangs — früher oder später — bewußt ist, Franco eine finanzielle Hilfe verweigert und ihn so zwingt, sich einer Operation des Übergangs auf „kaltem Wege“ zu unterwerfen.

Die strategische Bedeutung Spaniens wächst für Washington und die NATO in dem Maße, als die anderen Positionen der NATO in Europa und Nordafrika sich verschlechtern. Washington benutzt außerdem Spanien als Bindeglied für seine arabische Politik. Es ist möglich, daß die augenblickliche prekäre Lage des Franco-Regimes Washington zwingt, nach einer „populären“ Lösung Ausschau zu halten.

Aber der entscheidende Anstoß zum Sturze Francos kann natürlich nur von einer Aktion der Massen kommen. Von ihnen hängt das Schicksal des wankenden Regimes ab.

*) Die Zugeständnisse, die Spanien an Marokko machen mußte, haben großen Einfluß auf den Stimmungsumschwung der Armee gehabt.

Offener Brief der IV. Internationale an die sowjetischen Arbeiter

Genossen!

Die IV. Internationale, gegründet 1938 von Leo Trotzki, dem Organisator der Roten Armee und Kampfgefährten Lenins, wendet sich heute an euch. Sie begrüßt die ersten Resultate, die ihr auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet erreicht habt: **die Erhöhung der niedrigsten Löhne und Pensionen; die Erhöhung der Kolchoseeinkünfte; die Erhöhung der Produktion von Konsumgütern; die Einschränkung der Polizeimacht; das Versprechen eines neuen Arbeitsrechtes und eines neuen Strafgesetzbuches; die Zerstörung des Stalinkultes; die beginnende Revision der Fälschungen und Verbrechen, die während Stalins Herrschaft verübt wurden; das Recht auf Tendenzen, auf Kritik und freie Diskussion auf den Gebieten der Kunst, der Literatur, der Wissenschaft etc.**

Sie schätzt die historische Bedeutung dieser Errungenschaften, ihre enormen Konsequenzen für die kommende Entwicklung der UdSSR und der internationalen kommunistischen Bewegung. Diese Errungenschaften erschüttern bereits das bürokratische Polizeiregime, das Stalin während seiner langen Herrschaft in der UdSSR auf den Ruinen der proletarischen Demokratie, die zur Zeit Lenins und Trozki bestand, errichtet hat.

Die IV. Internationale weiß, daß ihr selbst die Hauptopfer dieser Herrschaft gewesen seid. Sie kennt die Leiden, die ihr erduldet habt, sowie eure Kämpfe, um das Joch Stalins abzuschütteln. Sie weiß, unter welchen Umständen Stalin nach dem Tode Lenins, trotz dessen Warnungen vor der Gefahr, die ein Mann wie Stalin in so hoher Stellung für die KP und das Land bedeutet, zum allmächtigen Haupt der privilegierten Bürokratie geworden ist, die den Arbeitern die Kontrolle und die tatsächliche Führung von Staat und Wirtschaft raubte.

Sie weiß, unter welchen grausamen Umständen Stalin die Zwangskollektivisierung im Laufe der Jahre 1929-1932 durchgeführt hat, so daß die sowjetischen Bauern sie heute noch nicht vergessen haben. Sie kennt den blutigen Terror in der UdSSR, der im Laufe der Jahre 1936-1939 aufkam und dem in den Prozessen und Reinigungen die ganze alte Garde der Bolschewiki wie Sinowjew, Kamenew, Bucharin und ihre Genossen, sowie Millionen von Arbeitern zum Opfer fielen, die verhaftet und deportiert wurden und dann verschwanden.

Sie kennt auch das Unheil, das Stalin dem Lande, vor allem in der ersten Phase des Krieges, durch die massive Ausrottung der besten wirtschaftlichen und militärischen Kader, durch den Terror, dem er die Bevölkerung unterwarf, sowie durch seine mangelnde Sachkenntnis, seine Willkür und seinen Absolutismus gebracht hat.

Sie weiß auch, welches Klima seit Kriegsende in der UdSSR bis zum Tode Stalins geherrscht hat: ein Klima des Terrors, der materiellen Entbehrungen für die Arbeiter, des Dunkelmännertums und der bis ins Absurde gesteigerten Speichelleckerei in Kunst, Literatur und Wissenschaft.

Sowjetische Arbeiter!

Trotz dieses politischen Regimes habt ihr standgehalten, habt ihr enorm die Produktivkräfte der UdSSR, ihr kulturelles Niveau entwickelt, habt ihr mit Heroismus und Entsamung das sozialistische Vaterland gegen die faschistischen Horden und gegen die Versuche des Weltimperialismus verteidigt. **So groß war und bleibt die Festigkeit der von der Oktoberrevolution geschaffenen ökonomischen und sozialen Grundlagen und eure tiefe Verbundenheit mit diesen historischen Errungenschaften!**

In der ganzen Welt hat einzig die IV. Internationale keinen Augenblick aufgehört, die Wahrheit über das politische Regime Stalins auszusprechen, wobei sie jedoch unerschütterlich an der unbedingten Verteidigung der UdSSR gegen den Imperialismus festhielt. Die IV. Internationale allein hat niemals aufgehört, Vertrauen in euch, sowjetische Arbeiter, und in die grandiose Zukunft, die ihr durch euren Kampf dem sozialistischen Vaterland zu sichern wissen werdet, zu setzen.

Dank dem höheren wirtschaftlichen und kulturellen Niveau, zu welchem die UdSSR gelangt ist, dank den Fortschritten der Revolution und des Sozialismus in der Welt haben heute euer verstärkter Druck und eure Aktion die Bürokratie zum Rückzug gezwungen, ihr bedeutende Zugeständnisse entrisen und so die Perspektive einer wirklichen Rückkehr zu Lenin, einer wahren Wiederherstellung der proletarischen Demokratie in der UdSSR eröffnet.

Damit ist ein neues Kapitel in der Entwicklung der Oktoberrevolution, der permanenten sozialistischen Revolution, die unsere Epoche kennzeichnet, aufgeschlagen!

Sowjetische Arbeiter!

Stalin konnte alle seine Untaten und Verbrechen nur mit Unterstützung einer ganzen sozialen Schichte vollbringen, die von seiner Herrschaft profitierte: die hochgestellten Bürokraten in der Partei, in den Gewerkschaften, in der Staats- und Wirtschaftsverwaltung. Sie sind diejenigen, die Stalin gegen die Arbeiter

unterstützt und den Leninschen Arbeiterstaat zu einem bürokratisierten Arbeiterstaat entstellt haben.

Stalin ist tot, aber sein bürokratisches Regime besteht noch. Die Zugeständnisse, die ihr der Bürokratie entrissen habt, so wichtig sie sind, haben das Wesentliche noch nicht beseitigt: die Kontrolle und die Führung von Staat und Wirtschaft sind immer noch in der Hand der hochgekommenen Bürokraten und nicht in den Händen der demokratisch organisierten Arbeiter.

Aus diesem Grunde appelliert die IV. Internationale an euch, euren Druck zu verstärken und eure direkte Aktion zu steigern bis zum totalen Sturz des bürokratischen Regimes und zur tatsächlichen Herstellung der proletarischen Demokratie:

- ◆ Für demokratische Sowjets, gewählt entsprechend allen politischen Strömungen der sowjetischen Arbeiterschaft, mit jederzeitiger Absetzbarkeit der Gewählten durch die Wähler.
- ◆ Für die Legalisierung aller Sowjetparteien, die sich auf den Boden der Verteidigung der ökonomischen und politischen Errungenschaften der Revolution stellen, eine Legalisierung, ohne welche die proletarische Demokratie nur ein Köder für die Arbeiter bleibt.
- ◆ Für das Recht auf Tendenzen wie zu Lenins Zeiten in einer von den Vertretern der Bürokratie befreiten KPSU.
- ◆ Für eine vom Obersten Sowjet ernannte Regierung, für eine allsowjetische demokratische Räteversammlung, für wirkliche Verantwortlichkeit der Regierung dieser gegenüber.
- ◆ Für tatsächlich vom Staat unabhängige Gewerkschaften im Dienste der Arbeiterinteressen.
- ◆ Für die tatsächliche, auf allen Stufen verwirklichte Kontrolle und Führung der Wirtschaft, der Betriebe und Kolchosen durch die Arbeiter.

Sowjetische Arbeiter!

Im Rahmen einer solchen wahrhaftigen Rückkehr zu Lenin, die das politische Regime der Bürokratie beseitigt, ruft euch die IV. Internationale auf, zu fordern:

- ◆ Revision aller großen Prozesse der Periode 1936-1938, veranstaltet gegen die Führer der Oktoberrevolution, der KPSU und der III. Internationale: Leo Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Bucharin und ihre Genossen.
- ◆ Rehabilitierung der unzähligen Kommunisten, die unter Stalins Herrschaft eingekerkert, deportiert, ausgerottet wurden.
- ◆ Rasche Beantwortung der Anfrage, die Genossin Natalia Trotzki über das Schicksal ihres Sohnes, Sergej und über das anderer Mitglieder der Familie, sowie weiterer Revolutionäre und

Arbeiter, die exekutiert wurden oder verschwanden, an Worschilow gerichtet hat.

- ◆ Legalisierung aller Strömungen in der Arbeiterbewegung der USSR und infolgedessen der sowjetischen Sektion der IV. Internationale (Trotzkisten).
- ◆ Veröffentlichung der Schriften aller dieser Strömungen und infolgedessen der Schriften und Werke Leo Trotzki und der Literatur der IV. Internationale.
- ◆ Unabhängigkeit der sowjetischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gegenüber dem Staat und Herstellung ihres Rechtes auf unmittelbare Verbindung, ohne Einmischung des Staates, mit entsprechenden Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung je nach ihrer Wahl.

Sowjetische Arbeiter!

Die IV. Internationale ist eures nahen völligen Sieges sicher, der die wahrhaftige proletarische Demokratie in der USSR wiederherstellen wird. Sie ist ebenso gewiß des gleichen Sieges der Arbeiter der anderen Arbeiterstaaten sowie des internationalen Proletariats im Kampfe gegen Kapitalismus und Imperialismus!

Es lebe die proletarische Demokratie in der USSR, in den anderen Arbeiterstaaten, sowie im Innern der internationalen kommunistischen Bewegung!

Es lebe die sozialistische Weltrevolution!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe die Internationale aller Arbeiter!

Mai 1956

Das Internationale Exekutivkomitee
der IV. Internationale

An die Leser der „internationale“

Die vorliegende Nummer ist zum größten Teil der durch den XX. Parteitag der KPdSU offenbar gewordenen weltweiten Krise des Stalinismus gewidmet. Wir glauben, daß dies durch die Bedeutung der Ereignisse seit dem XX. Parteitag für die internationale Arbeiterbewegung gerechtfertigt ist. Wir waren infolgedessen, da der uns zur Verfügung stehende Raum beschränkt ist, gezwungen, die Veröffentlichung wichtiger Artikel, Berichte und Dokumente zurückzustellen. Wir bitten unsere Leser um Verständnis.

DIE REDAKTION

Leo Trotzki's Sieg

Am 20. August gedenken die revolutionären Marxisten in allen Ländern des Jahrestages eines der furchtbarsten Verbrechen Stalins, das Chruschtschew in seinem Bericht am XX. Parteitag der KPdSU verschwiegen hat: der Ermordung Leo Trotzki's in Mexiko.

Leo Trotzki gehört bereits der Weltgeschichte an: als Vorsitzender des Petrograder Sowjets in den beiden Revolutionen von 1905 und 1917; als neben Lenin bedeutendster Führer und unmittelbarer Lenker der sozialistischen Oktoberrevolution, als Schöpfer der Roten Armee und Organisator des Sieges im Bürgerkrieg, als Führer der Linken Opposition in der KPdSU und in der Kommunistischen Internationale, die die Fehler und die Verbrechen der sowjetischen Bürokratie an der russischen und internationalen Arbeiterklasse von Anfang an schonungslos bekämpft und entlarvt.

Leo Trotzki war überzeugter revolutionärer Marxist. Er hat sein Leben und seine Fähigkeiten ausschließlich der Befreiung der Arbeiter, der sozialistischen Weltrevolution gewidmet. Als revolutionärer Marxist war es sein größte Ehrgeiz, den geschichtlichen Prozeß zu erkennen, um ihn umzugestalten. Beschränkte Geister, die sich an Eintagsiegen und an materieller Macht berauschen, haben lange Zeit mit einer Mischung von Mitleid und Verachtung auf Trotzki als den „Besiegten“ der russischen Revolution herabgesehen, während sich in ihr Grauen vor den dunklen Taten Stalins eine große Dosis Bewunderung für den „Realisten“, den „Sieger“ Stalin mischte.

Die Ereignisse der letzten Jahre haben bereits gründlich mit dieser Legende von Sieger und Besiegtem aufgeräumt. Trotzki schrieb über die Moskauer Prozesse:

„Wenn strenge Maßnahmen angewandt werden im Dienste großer historischer Ziele, ist das Gedächtnis der Menschheit großmütig. Aber die Geschichte wird keinen Tropfen Blut verzeihen, der dem neuen Moloch der Willkür und der Privilegien geopfert wurde. Das sittliche Gefühl findet seine höchste Befriedigung in der unerschütterlichen Gewißheit, daß die historische Sühne dem Ausmaß des Verbrechens entsprechen wird. Die Revolution wird alle Geheimschranke öffnen, alle Prozesse nachprüfen, die Verleumdeten freisprechen, den Opfern der Willkür Denkmäler errichten und die Namen der Henker mit ewigem Fluch bedecken. Stalin wird von der Bühne abtreten, belastet mit allen Verbrechen, die er begangen hat — nicht nur als Toten-

gräber der Revolution, sondern auch als die unheilvollste Figur der menschlichen Geschichte.“

Diese Prognose, die heute im Begriff ist, sich zu verwirklichen, zeigt aber nur den einen Aspekt des historischen Schicksals des Menschen Trotzki. Der andere Aspekt wird durch Trotzki's Wirken selbst am klarsten dargestellt. Theorie ist verallgemeinerte Erfahrung, die ihrerseits die zukünftige Praxis völlig umgestalten kann. Revolutionäre Theorie ist deshalb die Grundlage wirksamer revolutionärer Praxis. Und eine revolutionäre Theorie, die für Hunderte Millionen Menschen, für die Bewohner der kolonialen und halbkolonialen Länder, den einzigen Weg zu einer besseren Zukunft öffnet, eine solche Theorie bleibt letzten Endes ein viel entscheidenderer Faktor der Weltgeschichte als alle Gewalten, die sich vergebens bemühen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Darum ist Trotzki's größtes Verdienst die Ausarbeitung der Theorie der permanenten Revolution. Aus den ersten, bereits bei Marx vorhandenen Ansätzen hat sie der damals 27jährige Revolutionär entwickelt, ihr als Bilanz der russischen Revolution von 1905 die endgültige Form gegeben und schließlich für sie sein Leben hindurch gekämpft. Die Geschichte des XX. Jahrhunderts hat dreimal endgültig die Wahrheit dieser Theorie bestätigt: das erste Mal im Triumph der russischen Oktoberrevolution; das zweite Mal in den Niederlagen der internationalen Revolution zwischen 1923 und 1943 und dem von ihnen bedingten Zurückfluten der russischen Revolution; das dritte Mal in den neuen Siegen der internationalen Revolution seit 1943 und dem neuen Aufstieg der russischen Revolution.

Trotzki's Theorie der permanenten Revolution enthält zwei Grundgesetze moderner Revolutionen. Das erste besagt, daß im Zeitalter des Imperialismus die Hauptziele der nationaldemokratischen Revolution (nationale Selbstständigkeit und Einheit; Vernichtung der feudalen und halbfeudalen Überreste in der Gesellschaft; Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die Bauern; Erringung der radikalen politischen Demokratie) in rückständigen kolonialen und halbkolonialen Ländern nicht mehr unter Führung der „nationalen Bourgeoisie“ oder im Bündnis mit ihr erreicht werden können. Um dies zu erreichen, muß die Arbeiterschaft die politische Macht erobern, einen eigenen Arbeiterstaat aufbauen und mit der Verwirklichung der Ziele der sozialistischen Revolution beginnen. Die Theorie der permanenten Revolution ist also die Theorie des Zusammenwachsens der bürgerlichen und der proletarischen Revolution in rückständigen Ländern, d. h. der Unmöglichkeit, die Errichtung der Diktatur des Proletariats bis nach der „Etappe der Verwirklichung der Ziele der bürgerlichen Revolution“ aufzuschieben.

Das zweite Gesetz besagt, daß die siegreiche Arbeiterschaft im Zeitalter des Imperialismus wohl mit dem Aufbau des Sozialismus

in einem Land beginnen, ihn aber nicht beenden kann, bevor sich nicht die Revolution weiter auf die wichtigsten Länder der Erde ausgedehnt hat. Sie besagt, soziologisch genauer ausgedrückt, daß — abgesehen von wichtigen wirtschaftlichen Momenten — das unvermeidliche Rückfluten der revolutionären Aktivität der Arbeiterklasse eines Landes nach jahrelangem schweren Kampf die Gefahr einer bürokratischen Entartung der Revolution mit sich bringt, die nur durch die internationale Ausbreitung der Revolution überwunden werden kann.

Das erste dieser beiden Gesetze haben Stalin und seine Lakaien in allen kommunistischen Parteien jahrzehntelang in ihrer Unwissenheit und Gewissenlosigkeit geschmäht. „Unterschätzung der Bauernschaft“, „Überspringen einer historisch notwendigen Etappe“, „Utopie einer in allen Ländern gleichzeitig (!) ausbrechenden Revolution“, „Unterordnung des Wirtschaftsaufbaues eines siegreichen Arbeiterstaates unter weltrevolutionäre Abenteuer“ — mit diesen und vielen anderen Verdrehungen, Fälschungen und Verleumdungen wurde Trotzki bedacht. Aber die Geschichte hat streng darüber gerichtet. Was Trotzki sagte — in rückständigen Ländern kann die bürgerlich-demokratische Revolution nicht mehr getrennt von der sozialistischen siegen — hat sich jahrelang sozusagen negativ bewahrheitet. Den von konservativen Interessen bedingten falschen Theorien über die Verwirklichung der „Revolution in Etappen“ folgend, haben die chinesischen, brasilianischen, spanischen Kommunisten in den zwanziger und dreißiger Jahren ihre Arbeiterklasse in schwerste Niederlagen geführt und für sich selbst das Schicksal des Fallbeils, des Kerkers oder des Exils heraufbeschworen.

Die furchtbaren Niederlagen dieser Jahre haben eindeutig bewiesen, daß in allen Ländern das Bürgertum in das Lager der Gegenrevolution übergegangen ist, daß jedes Bündnis mit dem Bürgertum das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft verhindert, daß jede „Mäßigung“ der proletarischen Führungsansprüche in der Revolution („Um das fortschrittliche Bürgertum nicht zu reizen“) nur mit dem Sieg der Konterrevolution endet.

Die praktischen Schlußfolgerungen daraus wurden von verschiedenen kommunistischen Parteien gezogen — lange bevor man sich über die Theorie im Klaren war. Als der jugoslawische Volksaufstand gegen die faschistische Besetzung ausbrach, hatten die Führer der KPJ einen Entschluß zu fassen: Nationale Front mit dem Bürgertum bei gleichzeitiger Einschränkung der sozialrevolutionären Aktivität der Arbeiter- und Bauernmassen — oder Übergang des nationalen Aufstandes in die soziale Revolution. Entgegen Stalins Wunsch und „Ratschlägen“ wählten sie den letzteren Weg und führten so die Revolution zu ihrem ersten Sieg in

Europa seit 1917, und erbrachten damit eine neuerliche Bestätigung für die Richtigkeit der Theorie der permanenten Revolution.

Vor einer ähnlichen Wahl standen die chinesischen Kommunisten 1945/46. Sie neigten aus Tradition zur stalinschen „Lösung“. Aber das Aufflammen spontaner Bauernaufstände gegen die besitzenden Klassen im Augenblick, wo Tschang-Kai-Scheks Armeen die KPCh selbst schwer bedrohten, zwangen diese endgültig auf den Weg der sozialen Revolution. Die Auswirkungen dieser Beschlüsse haben seitdem den ganzen Gang der Weltpolitik bestimmt und nicht zuletzt die Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Sowjetunion bewirkt!

Die Entschlüsse der jugoslawischen und der chinesischen Kommunisten waren empirischer Natur. Die permanente Revolution siegte in der Praxis, bevor sie sich in den Köpfen der Menschen durchsetzte. Führende jugoslawische Kommunisten, unter anderen Kardelj, sind aber nach dem Bruch mit Stalin rasch zum Verständnis der theoretischen Zusammenhänge gelangt. In China wächst das theoretische Verständnis etwas langsamer, aber sein Sieg ist heute schon gewiß. Es ist aber bedeutsam, die theoretischen Auswirkungen dieser Ereignisse in den Köpfen der sowjetischen Theoretiker zu verfolgen. Vor einigen Wochen veröffentlichte die Zeitschrift „*Meshdunarodnaja Shisn*“ (*Internationales Leben*) einen Artikel von A.Sobolew über „Einige Formen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“. In diesem Artikel heißt es über die chinesische Revolution:

„Wenn auf sozialökonomischem Gebiet vor der chinesischen Arbeiterklasse noch riesige komplizierte Aufgaben der demokratischen Revolution, Aufgaben der Liquidierung des Feudalismus standen, so waren auf politischem Gebiet bereits Ende 1949 die Aufgaben der sozialistischen Revolution gelöst. Die politische Macht war in den Händen der Arbeiterklasse, um die sich die Mehrheit des Volkes scharte, konzentriert. In China war die Diktatur des Volkes errichtet, deren Klasseninhalt die Diktatur der Arbeiterklasse ist.“
(Nr. 5, Jahrgang 1956.)

Hier wird klar ausgesprochen, daß der Sieg der chinesischen Revolution nur möglich war, weil die Arbeiterklasse noch vor der Durchführung der demokratischen Agrarumwälzung die Macht eroberte und die Diktatur des Proletariats errichtete. Das bestätigt Punkt für Punkt die Theorie der permanenten Revolution und die Erfahrungen der Oktoberrevolution. Das ist eine glänzende historische Rechtfertigung Leo Trotzki's.

Daß sich trotz der wütenden, dreißig Jahre dauernden Hetze gegen den Trotzkiismus diese Ansichten in den Köpfen junger sowjetischer Theoretiker nicht nur durchsetzen, sondern sogar offen

zum Ausdruck kommen, das ist ein neuer Beweis dafür, daß Terror und Lüge letzten Endes ohnmächtig sind gegenüber einer großen historischen Wahrheit. Sie können Tragödien auslösen, tausenden Menschen das Leben kosten, wie Leo Trotzki selbst einer von Stalin gelenkten Mörderhand zum Opfer fiel. Sie können den Gang der Geschichte zeitweilig, nicht aber dauernd aufhalten. Darin liegt die Garantie für Trotzki's historischen Sieg. Die Siege der jugoslawischen und der chinesischen Revolution mit ihren Auswirkungen auf die russische Arbeiterschaft, dem neuen Aufschwung der russischen kommunistischen Bewegung, dem die Bürokratie panikartig Stalin opfern mußte, hat Trotzki's Sieg bereits zur Gewißheit gemacht.

H. V.

„die internationale“

kann zu folgenden Bedingungen bezogen werden:

ÖSTERREICH:

Einzelnummer, ohne Porto S 3.—
 zwei Nummern, mit Porto S 7.—
 vier Nummern, mit Porto S 14.—
 Einzahlungen auf **Scheckkonto Nr. 171.913** (Franz Modlik, Wien)

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Einzahlungen können mittels **Auslands-Postanweisung** auf Österr. Postsparkassenamt, **Scheckkonto Nr. 171.913** (Franz Modlik, Wien, XII., Gaudenzdorfer Gürtel 15) geleistet werden
 Bezugspreise: zwei Nummern, mit Porto . . . DM 1.70
 vier Nummern, mit Porto . . . DM 3.40

BELGIEN, DÄNEMARK, FRANKREICH, LUXEMBURG, NIEDERLANDE, SCHWEIZ, SCHWEDEN, ITALIEN:

Einzahlungen können mittels **Auslands-Postanweisung** auf Österr. Postsparkassenamt, **Scheckkonto Nr. 171.913** (Franz Modlik, Wien, XII., Gaudenzdorfer Gürtel 15) geleistet werden
 Bezugspreise: zwei Nummern, mit Porto . . . sfr 1.70
 vier Nummern, mit Porto . . . sfr 3.40

ÜBRIGE LÄNDER EUROPAS UND ÜBERSEE:

Einzahlungen können im **Bankverkehr** an den Herausgeber der Zeitschrift geleistet werden
 Bezugspreise: vier Nummer, mit Porto . . . US-\$ 1.—

ZUR DISKUSSION NACH DEM XX. PARTEITAG DER KPdSU

Zehn Gebote für den kritischen Kommunisten

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU hat die Diskussion in den kommunistischen Parteien nicht mehr aufgehört. Sie entwickelt sich gemäß einer Reihe von besonderen, jedem Land eigenen Problemen. Darüber hinaus wirft sie jedoch allgemeine Fragen auf, die die Kommunisten aller Länder interessieren. Auf Grund der Übersicht, die wir über die Entwicklung dieser internationalen Diskussion besitzen, fassen wir die in den verschiedenen Ländern von Genossen erhobenen Forderungen zusammen in

ZEHN GEBOTE FÜR DEN KRITISCHEN KOMMUNISTEN

1. Gebot: Nicht Selbstkritik, sondern die ganze Wahrheit!

Der XX. Parteitag hat der ganzen kommunistischen Öffentlichkeit entsetzliche Tatsachen offenbar gemacht. Es stellte sich heraus, daß in der Sowjetunion Hunderttausende unschuldige Menschen eingekerkert, wenn nicht hingerichtet wurden, so daß dem Sowjetstaat durch diese Verbrechen schwerste Schäden zugefügt wurden.

Die erste Frage, die sich jeder kritische Kommunist hier stellt, lautet: Warum haben die Chruschtschew, Mikojan, Molotow in der Sowjetunion, warum haben die Reimann, Ulbricht, die Thorez, Togliatti, Rakosi, Zapotocky, Kopenlig jahrzehntlang über diese fürchterlichen Zustände und Verbrechen geschwiegen?

Die Parteiführer wissen sehr wohl, wie brenzlich ihre Lage wird, wenn man eine Antwort auf diese Frage verlangt! Sie versuchen deshalb, **ihrer Verantwortung auszuweichen**. So erklärte der tschechoslowakische Staatspräsident Zapotocky:

„Ich habe mich immer bemüht, die Wahrheit zu sagen. Ich bin auch überzeugt, daß ich die Wahrheit gesagt habe. Eine andere Frage ist es, ob ich mich nicht hier und da geirrt habe. Ich habe mich oft und in vielen Dingen geirrt. Wenn ich eingesehen habe, daß ich mich geirrt habe, dann muß ich meine Fehler öffentlich eingestehen. Das ist eine Frage der Selbstkritik. Wer der Selbstkritik aus dem Wege gehen will, sagt lieber, daß er gelogen hat. Das wirkt kraftvoll und mutig. Damit verschafft sich der Betreffende im voraus ein Alibi... Sagt jemand, er sei durch die Verhältnisse gezwungen gewesen zu lügen, er habe aus Furcht gelogen usw., dann, Genossen, ist das zwar ein bequemer, aber ein unehrlicher Standpunkt.“
 (Literární Noviny, Prag, 20. April 1956)

In Wirklichkeit müssen diese Sätze Zapotockys natürlich umgedreht werden. Wer dem Eingeständnis der Lüge und des Betruges aus dem Wege gehen will, der sagt lieber, er habe sich geirrt! Waren die Zapotocky, die Ulbricht und die Molotow wirklich davon überzeugt, daß zwei Drittel der Mitglieder des Leninschen Zentralkomitees ausländische Spitzel, Agenten, Diversanten und Konterrevolutionäre gewesen sind? Haben sie sich also geirrt oder haben sie die Partei wissentlich belogen, als sie diese stalinschen Verleumdungen wiederholten? Waren die Zapotocky, die Ulbricht und die Molotow tatsächlich auf Grund „gefälschter Dokumente“ davon überzeugt, daß Jugoslawien, ein Staat, der sämtliche industriellen Produktionsmittel sozialisiert hat, plötzlich zu einem „faschistischen Land“ geworden war? Haben sie sich geirrt oder haben sie die Partei und die Arbeiterschaft belogen?

Man kann diskutieren, aus welchem Grund sie diese Lügen verbreiten. Sie können behaupten, daß sie irrigerweise glaubten, es läge im Interesse der SU, zu lügen und zu betrügen. Aber die auf dem XX. Parteitag bekanntgegebenen Tatsachen lassen keinen Zweifel darüber, daß die Parteiführung die Mitgliedschaft tatsächlich belogen hat! In der vorbereitenden Diskussion zum Parteitag der französischen KP haben zwei fortschrittliche Intellektuelle und Parteimitglieder, Beigbeder und Claude Morgan, die Forderung erhoben, die Parteiführer sollen Rechenschaft über ihr Verhalten gegenüber den Verbrechen Stalins ablegen. **Diese Forderung nach der ganzen Wahrheit muß von allen kritischen Kommunisten erhoben werden!**

2. Gebot: Eine ehrliche, freie, demokratische Diskussion!

Die Parteiführung hat es nicht verhindern können, daß die Enthüllungen des XX. Parteitags überall eine leidenschaftliche Diskussion in den kommunistischen Parteien auslösten. Sie versucht aber, Umfang und Bedeutung dieser Diskussion dadurch einzuengen, daß sie „verfaulenden Elementen“ vorwirft, die „Grundsätze der kommunistischen Bewegung in Frage zu stellen“ (so der polnische Parteisekretär Ochab in einem in der *Prawda* veröffentlichten Artikel).

In Wirklichkeit fangen die ehrlichen Kommunisten überhaupt erst an, ihre Grundrechte als Kommunisten und als Bürger (in der UdSSR und den Volksdemokratien) auszuüben. Nicht die Parteiführung hat das Recht, der Mitgliedschaft vorzuschreiben, worüber man diskutieren darf und worüber nicht, sondern die Parteiführung hat die **Pflicht**, die von der Mitgliedschaft aufgeworfenen Fragen gewissenhaft vor dem Parteiforum zu behandeln und zur Entscheidung zu bringen!

Man erklärt jetzt, Stalins Theorie von der angeblichen „Verschärfung des Klassenkampfes in dem Maße, als Erfolge beim Aufbau des Sozialismus erreicht werden“, sei falsch und gefährlich gewesen. Aber man hütet sich, alle Schlußfolgerungen aus dieser Feststellung zu ziehen! Es ist Zeit, sich daran zu erinnern, daß in den Jahren des schärfsten Klassenkampfes, **in den Jahren des offenen Bürgerkrieges 1918–1920**, die Partei Lenins keineswegs davor zurückscheute, die freie Bildung von politischen Strömungen mit verschiedenen Plattformen zu den Tagesfragen zu erlauben. Die Leninsche Partei wurde durch die rücksichtslos freie, offene Diskussion ihrer inneren Meinungsverschiedenheiten nicht geschwächt, sondern gestärkt! Die sogenannte „monolithische“ Partei der Stalinschen Ära da-

gegen ist jämmerlich im Sumpf des „Personenkults“ und seiner Verbrechen untergegangen.

Es ist Zeit, zur Leninschen Diskussions- und Meinungsfreiheit in der Partei zurückzukehren! Es ist höchste Zeit, eine ehrliche, offene, freie, demokratische Diskussion über alle strittigen Fragen der kommunistischen Bewegung zu fordern! Diese Diskussion soll schriftlich geführt werden, wobei es allen Strömungen der kommunistischen Bewegung freistehen soll, ihre Ansichten in Wort und Schrift innerhalb der Partei zu verteidigen. An dieser Diskussion müssen auch alle zu Unrecht aus der Partei ausgeschlossenen Personen und Strömungen teilnehmen können!

3. Gebot: Rehabilitiert sämtliche Opfer der Justizverbrechen und der Verleumdungen!

In seiner geheimen Schlußrede vor dem XX. Parteitag hat Chruschtschew erklärt:

„Es wurde festgestellt, daß von den 139 Mitgliedern und Kandidaten des am XVII. Parteitag gewählten ZK der Partei 98, das heißt 70 Prozent, in den Jahren 1937/38 festgenommen und hingerichtet wurden.“ (Empörung im Saal.)

Chruschtschew stellte ferner fest: von den 1966 Delegierten mit beschließender oder beratender Stimme, die auf dem XVII. Parteitag anwesend waren, wurde 1108, d. h. die absolute Mehrheit, als Konterrevolutionäre festgenommen! Dabei waren 80 Prozent dieser Delegierten Parteimitglieder seit dem Bürgerkrieg oder gar noch von früher her. Die Partei hätte also die Macht erobert und den Bürgerkrieg gewonnen unter der Führung von Konterrevolutionären? Nein, erklärt Chruschtschew, dieser Widerspruch löst sich, wenn man feststellt, daß die festgenommenen ZK-Mitglieder und Parteidelegierten ehrliche Kommunisten waren, die verleumdet wurden und falschen Anklagen, der Tortur und Erpressung zum Opfer fielen.

So weit, so gut. Chruschtschew bestätigt damit nur, was seit 1936 **oppositionelle Kommunisten, was Leo Trotzki und seine Anhänger** ununterbrochen über die Stalinschen „Säuberungen“ gesagt haben! Warum werden diese Erklärungen Chruschtschews aber nicht **öffentlich** abgegeben? Warum werden die Opfer von Justizverbrechen und Verleumdungen nicht in aller Öffentlichkeit rehabilitiert? Warum wird über die insgeheim hingemeichelten deutschen Kommunisten, über Remmele, Neumann und viele andere, kein Wort gesagt? Warum wird die üble Praxis fortgesetzt, politische Gegner als „Spione“ hinzustellen? War Beria tatsächlich ein „Imperialistischer Agent“? Waren Zaisser und Herrstadt „faschistische Söldner“? War der Ostberliner Bauarbeiterstreik vom 16. Juni 1953, der Generalstreik vom 17. Juni 1953 vom „USA-Geheimdienst für den Tag X inszeniert“?

Kritische Kommunisten müssen überall die Forderung erheben: **Schluß mit den faulen Methoden der Beschimpfung und Verleumdung von Genossen wegen taktischer und politischer Meinungsverschiedenheiten!** Die Parteidemokratie kann nicht wiederhergestellt werden, wenn kritische Genossen mit der Formel: „Objektiv leistet ihr dem Imperialismus Hilfe“ bedroht werden. „Objektiv“ hat die Erfahrung bewiesen, daß Mißtrauen

gegenüber der Parteimitgliedschaft und der Arbeiterklasse sowie Unterdrückung von Kritik der kommunistischen Bewegung schwersten Schaden zugefügt haben! Deshalb: **Schluß mit der Beschimpfung und Verleumdung von Genossen! Offene und vollständige Rehabilitierung sämtlicher verleumdeter und zu Unrecht ausgeschlossener Genossen und Strömungen! Revision aller Hexenprozesse im vollsten Lichte der Öffentlichkeit!**

4. Gebot: Öffnet die Archive! Veröffentlicht alle Parteidokumente!

Auf dem XX. Parteitag hat die Delegierte Pankratowa die Forderung nach der Öffnung der Parteiarchive erhoben. Von offizieller Seite wurde bis jetzt nur die Bekanntgabe der nichtveröffentlichten Dokumente Lenins versprochen. Eine freie, demokratische Diskussion über Bedeutung und Ergebnis des XX. Parteitages ist aber unmöglich, wenn nicht alle Parteiarchive geöffnet, alle Parteidokumente veröffentlicht werden!

Wenn die kommunistische Weltbewegung wirklich nur aus Feiglingen (die Stalins Verbrechen nicht anzuklagen wagten) und Dummköpfen (die Stalins Verbrechen nicht als solche erkannten) zusammengesetzt wäre, dann wäre es schlimm um sie bestellt. Dann könnte sich jeder Kommunist die peinliche Frage stellen: wie kommt es, daß eine Bewegung, die eine so große historische Wahrheit wie die der sozialistischen Revolution, wie die des Kommunismus verkörpert, auf so kläglichen Kadern ruht?

In Wirklichkeit aber hat es in allen Ländern, und vor allem in der Sowjetunion, Tausende und Abertausende kommunistischer Genossen gegeben, die Stalins Verbrechen schon zeitig erkannt haben und Partei und Arbeiterschaft vor ihnen warnten! Diesen gestern so verleumdeten oppositionellen Genossen gebührt heute die Ehre, die Fahne des Kommunismus zwei, drei Jahrzehnte lang sauber gehalten zu haben. Alle Parteimitglieder haben ein Recht darauf, zu lesen, wie diese Warnungen — nicht nur die Lenins! — vor zwanzig, dreißig Jahren gelaftet haben. Sie haben ein Recht darauf, von ihren heutigen Parteiführern Rechenschaft darüber zu fordern, warum sie diese Warnungen leichtfertig in den Wind geschlagen haben!

In seinem geheimen Schlußbericht vor dem XX. Parteitag, der scheinbar ganz der Entlarvung von Verleumdern dienen sollte, hat Chruschtschew seinerseits wiederum die in ihren Auffassungen heute so glänzten bestätigten oppositionellen Genossen schwer verleumdet. Er hat behauptet, Stalin habe sich große Verdienste im Kampf gegen die Trotzkiisten erworben; hätten sich nämlich die Ansichten der Trotzkiisten durchgesetzt, dann wäre in der SU unter dem Druck der Kulaken wieder der Kapitalismus eingeführt worden.

Dies ist eine grobe Lüge und Geschichtsfälschung! Die Trotzkiisten waren in der KPdSU die ersten, die ab 1923 eine entschlossene Politik gegen die Kulaken sowie die rasche Industrialisierung des Landes forderten. Hätte die Partei diese Linie angenommen, wären die schweren Krisenjahre von 1927 bis 1933 erspart worden, wäre es nicht zu den Exzessen der Zwangskollektivisierung gekommen, wäre die Industrialisierung für die russische Arbeiterschaft mit unvergleichlich geringeren Opfern verbunden gewesen!

Um diese Tatsachen klarzustellen, genügt es, die Dokumente der Parteidiskussion von 1923 bis 1927, die Dokumente der Opposition von

1927 bis 1934 zu veröffentlichen, u. a. Trotzki's Schrift **Neuer Kurs** von 1923 sowie die 1926 verfaßte **Plattform der Vereinigten Opposition**, die die Unterstützung von Lenins Witwe Krupskaja genoß. **Das Öffnen sämtlicher Parteiarchive ist unbedingt notwendig, wenn die wirkliche Verantwortung für Stalins Verbrechen aufgedeckt werden soll!**

5. Gebot: Aussprechen, was ist!

Wie bereits gesagt, entschuldigen die meisten Parteiführer ihr jahrelanges Stillschweigen damit, daß sie behaupten, eine öffentliche Kritik an der Politik des Sowjetstaates hätte diesem angesichts der auswärtigen Gefahren, die ihn bedrohten, schwer geschadet. Nun, Chruschtschew kritisierte bereits dieses Argument, als er feststellte, daß umgekehrt die von Stalin durchgeführte Enthauptung der Roten Armee, die falsche Außen- und Militärpolitik, die unzulängliche Ausrüstung der Armee, das Land bis an den Rand der Niederlage gebracht hatten! War es dann nicht heilige Pflicht aufrichtiger Kommunisten, zu verhindern, daß sich diese Fehler dauernd wiederholten?

Den tieferen Sinn dieser Entschuldigung hat aber ein tschechischer Kommunist, der Schriftsteller **Vasek Kana**, auf dem II. Tschechoslowakischen Schriftstellerkongreß glänzend und mit Leidenschaft ausgesprochen. Seine Worte verdienen es, von allen Kommunisten ernsthaft angehört zu werden:

„Heute ist der Tag der Selbstkritik angebrochen. Wir sind bemüht, uns mit unserem eigenen Gewissen auseinanderzusetzen. Das ist richtig und notwendig, wir müßten uns sonst schämen, den Menschen vor die Augen zu treten...“

Es ist notwendig, der Verantwortung nicht auszuweichen. Ich stimme nicht mit denen überein, die ihr Gewissen zu erleichtern versuchen, indem sie sagen: Wir haben geschwiegen, um der Sache des Sozialismus nicht zu schaden, wir haben etwas vorgetäuscht in der Meinung, damit dem Aufbau und der Sache des Friedens zu helfen. Das ist ein unehrliches Bekenntnis, ein Zurückweichen vor der Verantwortung, der auch die Schriftsteller nicht entgehen können. Sagen wir es offen: Wir haben geschwiegen, weil uns der Mut fehlte.

Es fällt dem Menschen schwer, sich zu einer Schuld zu bekennen, es bedrückt ihn, wenn sein Verstand mit dem Gewissen in Widerspruch gerät, und es ist unerträglich, wenn ihm bewußt wird, daß er seinen eigenen Verstand aufgegeben und nach dem Verstand anderer gehandelt hat...

Ich will meine Schuld nicht leugnen, nicht verringern. Erklären kann ich sie nur mit dem bereits Gesagten: Es fehlte mir der Mut, ich habe nicht verstanden, um die Sache der Menschen zu kämpfen, ich bin vor den Schwierigkeiten zurückgewichen. Daß damit der Sache des Volkes, dem Sozialismus, Schaden zugefügt wurde, war mir bewußt. Ich wußte, daß zum Beispiel Repressalien gegen ehrliche Menschen nicht unserer Sache dienen, sondern im Gegenteil den Ideen schaden, für die Menschen ihr Leben hingaben. Zugesehen habe ich, wie Menschen Unrecht zugefügt wurde, wie ihre Menschen-

würde verletzt, ihr Verstand geringgeschätzt wurde. Und was habe ich getan? Habe ich mich dagegen aufgelehnt? Nein, meistens habe ich geschwiegen, manchmal geweint, nur selten gegen dieses Unrecht aufgerufen. Ich war nicht, der ich sein soll: das Gewissen meines Volkes!... Die Arbeiter in den Betrieben sind meine nächsten Freunde. Aus ihren Reihen bin ich hervorgegangen. Ihnen bleibe ich treu, ihnen vor allem werde ich Rechenschaft ablegen. Aber habe ich ihnen stets zur Seite gestanden, wenn sie meiner Hilfe bedürftig?

Habe ich sie vor den Bürokraten geschützt, wenn sie ihnen vom grünen Tisch aus unsinnige Normen diktierten? Habe ich sie verteidigt, wenn sie wegen ihrer Kritik materiellen und moralischen Repressionen ausgesetzt wurden? Habe ich meine Empörung kundgetan, wenn junge Facharbeiter mit halbleeren Lohntüten nach Hause gingen? Bin ich für die Neuerer eingetreten, wenn ihnen Unrecht geschah? Habe ich die Weisheit der Betriebsarbeiter gegen die Abgestumpftheit der Bürokraten verteidigt? Habe ich das Kadersystem verurteilt, das häufig auf Mißtrauen gegen den Menschen beruht? Habe ich aufgeblasene Funktionäre in die Schranken gewiesen, wenn sie die mit Recht unzufriedenen Menschen anschrien? Habe ich herrisch gewordene sogenannte „höhere Kader“ öffentlich verurteilt? Habe ich mich mit jenen „Organisatoren“ auseinandergesetzt, die unser Leben so organisiert haben, daß man nicht mehr leben konnte? ... Habe ich öffentlich dagegen protestiert, daß wir auf der Suche nach dem Wege zum Sozialismus nicht verstanden, den Weg zum Menschen zu finden? Daß wir in ihm nur eine Maschine zur Erfüllung der Produktionspläne sahen?"

Dieses erschütternde Bekenntnis eines aufrechten Kommunisten läßt nur eine Schlussfolgerung zu: Zurück zu Lenins Methode, die da heißt: **AUSSPRECHEN, WAS IST!** Ein offen ausgesprochener Fehler, ein offen aufgedecktes Übel sind bereits halb überwunden! Aus falsch verstandener „Treue zur Partei“ verdeckte und getarnte Fehler und Übel wuchern wie Ungeziefer im Dunkeln weiter und drohen die ganze Sache zu verderben!

6. Gebot: Nieder mit dem Personenkult umgekehrten Vorzeichens!

Der Bericht Chruschtschews auf dem XX. Parteitag der KPdSU sowie die zahllosen Rechenschaftsberichte, die sowjetische und ausländische Kommunisten auf Parteiversammlungen über diesen Parteitag abgegeben haben, lassen sich alle in einem Satz zusammenfassen: „Die Entfaltung des Personenkults und der persönliche Größenwahn Stalins haben dem Sowjetstaat und der Sache des Sozialismus größten Schaden zugefügt.“ Chruschtschew scheute nicht davor zurück, diesen „Schaden“ mit dem Verlust Hunderttausender ehrlicher Kommunisten, des gesamten Führungskaders der Roten Armee, tausender Flugzeuge und Tanks sowie dem Verlust wichtiger Teile des Landes an die Hitlerfaschisten im Anfang des Krieges zu umschreiben. Man könnte noch hinzufügen, daß Stalin direkt für die nun 25 Jahre andauernde Landwirtschaftskrise in der SU als Folge seiner wahnsinnigen Politik der Zwangskollektivisierung und der massenweisen Deportierung der Kulaken verantwortlich ist.

Für jeden Kommunisten, jeden Marxisten ist es aber klar, daß Ereignisse von so überragender gesellschaftlicher, geschichtlicher Bedeutung

nicht einfach mit den Worten „Personenkult“ oder gar „Stalin war verückt“ erklärt werden können. Vielleicht war Stalin tatsächlich am Ende seines Lebens von ausgesprochenem Verfolgungswahn besessen. Aber damit sein Verfolgungswahn derart verheerende geschichtliche Folgen nach sich ziehen konnte, wie sie Chruschtschews Geheimbericht verzeichnete, waren bestimmte **gesellschaftliche Verhältnisse** notwendig. Verhältnisse, die zur völligen Zerschlagung der Parteidemokratie, zur politischen Ohnmacht der ganzen sowjetischen Arbeiterschaft geführt haben. **Diese Verhältnisse gilt es aufzudecken, und nicht mit der billigen Phrase: „Stalin war an allem schuld“ zu entschuldigen.**

7. Gebot: Deckt die gesellschaftlichen Wurzeln der Entartung des Sowjetstaates auf!

Auf dem XX. Parteitag hat Mikojan jene Historiker angegriffen, die „komplizierte und widerspruchsvolle Ereignisse... nicht durch Veränderungen im Verhältnis der Klassenkräfte in den einzelnen Zeitabschnitten, sondern durch angebliche Schädlingstätigkeit einzelner Parteiführer“ zu erklären versuchen. Dies gilt natürlich für alle verflossenen Perioden der Parteigeschichte. Es gilt also auch für die Geschichte von Stalins Verbrechen. Der italienische Parteiführer Togliatti, seinem Freund Nenni folgend, hat soeben öffentlich erklärt, man könne die am XX. Parteitag aufgedeckten Tatsachen nur als Formen einer „Entartung der Sowjetgesellschaft“ erklären. Damit knüpfte er tatsächlich an die einzige marxistische Erklärung der Dinge an, die von Lenin begonnen, von Trotzki und seinen in der IV. Internationale zusammengeschlossenen Anhängern vollendet wurde.

Die gesellschaftlichen Wurzeln des „Personenkults“ und der Verbrechen der Stalin-Ära lassen sich aus dem Interessengegensatz zwischen Arbeiterschaft und Bürokratie und aus der politischen Entmachtung der Arbeiterschaft zu Gunsten der Bürokratie erklären. Schon Lenin erkannte, daß der sowjetische Staat nicht ein „reiner“ Arbeiterstaat, sondern ein **bürokratisch** entstellter Arbeiterstaat war. Er versuchte (vergebens), eine Reihe von Einrichtungen in diesen Staat einzubauen, die die Entfaltung des bürokratischen Übels einzuschränken suchten (u. a. die Regel, daß Parteimitglieder auch an höchster Stelle kein höheres Einkommen als das eines qualifizierten Arbeiters erhalten durften). Infolge der Isolierung des Landes inmitten der kapitalistischen Umwelt, der Rückständigkeit seiner Wirtschaft, dem zwei Jahrzehnte dauernden Zurückfluten der internationalen Revolution, wurden die Kräfte der Arbeiterschaft entscheidend geschwächt, während die Bürokratie erstarkte. Die Sowjetbürokratie ist ein schmarotzender Teil des Proletariats, und wie dieses an der Sozialisierung der Produktionsmittel, an der Planwirtschaft interessiert. Aber während der Aufbau des Sozialismus in Wahrheit Aufbau einer **demokratischen Gesellschaft von Gleichen** bedeutet, hat die Sowjetbürokratie alles Denkbare unternommen, um eine gewaltige gesellschaftliche **Ungleichheit zu ihren Gunsten** zu schaffen und zu verteidigen. Die Verbrechen der Polizeidiktatur in der Stalin-Ära dienen im Grunde der Verteidigung dieser **bürokratischen Privilegien** (von Rennställen bis zum Prinzip der Ein-Mann-Führung im Betrieb), die auch heute noch nicht aufgehoben sind.

8. Gebot: Die Partei in den Dienst der Arbeiterklasse und nicht der Bürokratie!

Im Prozeß der Errichtung dieser politischen Herrschaft der Bürokratie verwandelte sich die KPdSU aus einer Partei der Arbeiterklasse in eine Partei der Bürokratie, was sich u. a. auch in der sozialen Zusammensetzung ihrer Parteitage ausdrückt (auf dem XX. Parteitag gab es z. B. kaum 30 Prozent Betriebsarbeiter als Delegierte, gegen etwa 60 Prozent auf den Parteitag zwischen 1923 und 1927).

Unter dem Vorwand der „Planerfüllung über alles“ wurde systematisch das „Wie und Was“ dem „Wieviel“ produziert wird untergeordnet. So entwickelte sich im Kader der KP eine „Betriebsgesinnung“, die der eines jeden kapitalistischen Direktors ähnlich ist. Die neuen „Herren“ bestrafen Arbeiter mit Lohnabzügen, diktieren unsinnige Normen und gebärden sich, als seien sie die „Herren des Landes“. Um diesem Übel ein rasches Ende zu bereiten, müssen die politischen Verhältnisse umgestülpt werden! Nicht die Arbeiterklasse ist für den Plan da, sondern umgekehrt: **der Plan ist für die Arbeiterklasse da!** Verteilung des Nationaleinkommens zwischen Konsum und Akkumulation, Verteilung des Konsumfonds zwischen Stadt und Land, Produzenten und Verwalter, Lohn-, Preis- und Normenpolitik müssen durch demokratischen Beschluß der **Masse der Arbeiterschaft** entschieden werden! Den Massen darf nicht mehr an Opfer aufgebürdet werden, als sie selbst bereit sind, auf sich zu nehmen!

Wiederherstellung der Arbeiterdemokratie heißt vor allem: die Arbeiter und nicht die Bürokraten sind Herren des Betriebes und bestimmen die großen Linien des Planes! Findet diese große Umwälzung statt, dann wird der Sowjetstaat (und der Staat der sogenannten „Volksdemokratien“) zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder die tägliche aktive Unterstützung von Millionen und Abermillionen Werktätigen bei der Bewältigung der laufenden Schwierigkeiten erhalten, werden die unerhörten Kosten für die Unterhaltung eines riesigen Polizei- und Unterdrückungsapparates wegfallen und damit die objektive Basis des „Personenkults“ in Staat und Betrieb.

9. Gebot: Für die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages jeder kommunistischen Partei!

Bei allen diesen Fragen handelt es sich um Schicksalsfragen der kommunistischen Weltbewegung, ja der Arbeiterbewegung überhaupt. Der XX. Parteitag der KPdSU hat sie aufgeworfen, ohne sie zu lösen. Ihre Lösung wird aber bereits von tausenden Kommunisten in jedem Land gefordert. In Polen haben zahllose Parteiversammlungen die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zur Diskussion dieser Frage gefordert. Auf der soeben beendeten Konferenz der KPC hat Parteisekretär Novotny zugegeben, daß 250 Parteigrundseinheiten mit etwa 15.000 Mitgliedern (vor allem von Prag und Umgebung) gemeinsam die gleiche Forderung an das ZK gestellt haben.

Diese Forderung verdient die volle Unterstützung jedes kritischen Kommunisten! Fragen von solcher entscheidender Bedeutung können nicht im Halbdunkel des vor dem XX. Parteitag gewählten ZK behandelt werden. Man kann sie auch nicht in einigen „Rechenschaftsberichten“

erledigen. Eine gründliche, eingehende Diskussion unter allen Parteimitgliedern, ein demokratisch einberufener und vorbereiteter außerordentlicher Parteitag, an welchem alle kommunistischen Strömungen teilnehmen — das ist das Forum zur Klärung auch dieser Lebensfragen der Bewegung! So regelte das ZK zu Lenins Zeiten schwerwiegende Parteifragen.

10. Gebot: Zurück zu Lenin — auf allen Gebieten!

Im Vergleich zur Ära Stalins mit ihren grausamen Verbrechen tritt die Leninsche Epoche des Sowjetstaates und der kommunistischen Internationale natürlich in doppeltem Glanz hervor. Es ist daher verständlich, daß alle jene, die nur eine Teilkritik der Stalin-Ära dulden wollen, sich hinter der Losung „Zurück zu Lenin“ verbergen. Aber die alte Generation von Kommunisten, die Lenins Epoche noch miterlebt haben, die jungen Kommunisten, die Lenins Geist aus seinen Schriften erfassen, werden bald erkennen, daß diejenigen, die da rufen: „Zurück zu Lenin“, in Wirklichkeit meinen: „Zurück zu Lenin, — dort, wo es uns gefällt! Abkehr von Lenin, — dort wo wir es für nötig erachten!“

„Zurück zu Lenin — auf allen Gebieten!“, muß daher der Mahruf aller kritischen Kommunisten sein. Zurück zu Lenin: in der Bescheidenheit der Parteiführung, in der Absage an den Personenkult, im Fortschreiten zu einer wirklichen Parteidemokratie — gewiß! Aber auch „Zurück zu Lenin“ in offener Absage an alle kleinbürgerlich-nationalistischen und parlamentarischen Illusionen, zurück zum Lenin von „Staat und Revolution“, der lehrte, wie die Arbeiterklasse ihren eigenen Staat aufbauen muß, um zum Sozialismus fortzuschreiten! Zurück zum Lenin von „Gegen den Strom“ und von der Gründung der Komintern, zurück zu jenem kompromißlosen Internationalisten Lenin, der beim Untergang einer Internationale nur eine einzige Schlußfolgerung kannte: **Es lebe die neue Kommunistische Internationale!**

Die gesamte innere und auswärtige Politik des Sowjetstaates und der Volksdemokratien, die gesamte Politik aller kommunistischen Parteien muß im Geiste Lenins revidiert werden. Ihr Ziel muß daher sein: Sturz des Weltkapitalismus und Errichtung der Rätedemokratie. Das zu fordern, ist heute die historische Aufgabe aller kritischen Kommunisten. Die Zukunft der Menschheit liegt in ihren Händen.

15. Juni 1956.

Abonniere „die internationale“

Bestellungen an
Postamt Wien 82
Postfach 96

Der 6. Fünfjahres-Plan der Sowjetunion

(Schluß)

Die Stagnation der Landwirtschaft

Chruschtschews famoser Plan zur Neulandgewinnung wurde kaum zum Hauptthema des XX. Parteitags: Ohne genaue Zahlen zu nennen, lassen sowohl der Text des 6. Fünfjahresplanes als auch der Rechenschaftsbericht des 1. Sekretärs des Z. K. deutlich erkennen, daß sich eine **wachsende Disproportion zwischen dem ungestümen, regelmäßigen Anstieg der Industrieproduktion und der relativen Stagnation der Landwirtschaft entwickelt**. Chruschtschews Bericht bestätigt, daß die Getreideproduktion 1953 und 1954 einen starken Rückgang gegenüber dem 1952 erreichten Niveau aufwies und daß die Zuckerrübenproduktion 1954 einen schweren Rückschlag von beinahe 20 Prozent gegenüber 1951 kannte. Hier die wichtigsten Zahlen der sowjetischen Landwirtschaft, wie sie sich teils aus Chruschtschews Bericht, teils aus früher bekannten Daten ergeben:

	1913	1928	1937	1950	1952	1953	1954	1955
Getreide (Mill. t)	80	73,4	96	92	104	93	97	120
Zuckerrüben (Mill. t)	10,8	10,1	21,8	24	26	27	23	35
Rinderbestand (Mill.)	60,6	70,5	57	57,2	56	63	65	66,5
Schweine (Mill.)	20,9	26	22,8	24,1	28	47	48,5	49,5

Diese Zahlen bestätigen eine allgemeine Tendenz zur Stagnation nicht nur gegenüber 1937, sondern sogar gegenüber der Zeit vor dem 1. Weltkrieg, wenn man das Wachstum der Bevölkerung in Rechnung stellt. Davon sticht letzten Endes nur die Zuckerrübenproduktion ab (mit ihr die Produktion anderer industrieller Kulturen wie Baumwolle), sowie das rasche Anwachsen des Schweinebestandes im Jahre 1953. Dieses Anwachsen bildet einen eindeutigen Erfolg für die Politik ausgeprägter finanzieller Prämierung gewisser landwirtschaftlicher Produkte. Dem steht aber die Stagnation des Schweinebestandes seit 1953 gegenüber. Das rasche Anwachsen der Getreideproduktion im Jahre 1955 enthält eine große Masse für Schweinefutter benutztes Korn und läßt weiterhin auf eine relative Stagnation der Produktion von Brotgetreide schließen.

Aus diesen Zahlen ergibt sich deutlich ein Bild schwerwiegender Mangelerscheinungen in der Ernährung der sowjetischen Bevölkerung, Mangelerscheinungen, die das „Schlangenstehen vor Lebensmittelgeschäften“ zur Folge haben, wie dies verschiedene Redner auf dem Parteitag offen ausgesprochen haben.

Wie kann dieser große Rückstand der sowjetischen Landwirtschaft überwunden werden? Die vom 6. Fünfjahresplan gegebene Antwort lautet vor allem: Mechanisieren, nochmals Mechanisieren, immer wieder Mechanisieren, und dies in einem bis jetzt unbekanntem Ausmaße. In seinem

Bericht auf dem XX. Parteitag erklärte Bulganin, daß während des 6. Fünfjahresplans die Sowjetunion mehr Mährescher erzeugen wird als während der fünf vorhergehenden Fünfjahrespläne zusammen! Gleichzeitig will man am Rande der großen Städte staatliche Güter (Sowchosen) für Viehwirtschaft schaffen, um die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit tierischen Produkten zu gewährleisten.

Aber diese technischen „Lösungen“ übersehen das **grundlegende soziale Problem**: man kann die landwirtschaftliche Produktion auf die Dauer nur dadurch steigern, indem man dem Dorf eine große und wachsende Menge industrieller Konsumgüter liefert. Der 6. Fünfjahresplan legt für das Realeinkommen der Kolchosbauern eine etwas größere Steigerung als für die Reallöhne der Arbeiter und Angestellten fest. Bedeutet dies, daß tatsächlich so etwas wie eine „Konkurrenz“ zwischen Stadt und Land für die Verteilung der vorhandenen industriellen Konsumgüterproduktion entstehen wird? Bei dem gegebenen sehr niedrigen Stand der durchschnittlichen Lebenshaltung der Dorfbevölkerung ist das zu bezweifeln.

Nach dem XX. Parteitag hat das Z. K. der KPdSU am 10. März „Empfehlungen“ über bedeutende Änderungen im Kolchosstatut veröffentlicht. Es ist kennzeichnend für die heutige, auch nach Liquidierung des Stalinskults in der Sowjetbürokratie herrschenden „Demokratie“, daß diese wichtigen Maßnahmen mit keinem Wort auf dem einige Tage vorher tagenden Parteikongress angekündigt, geschweige denn diskutiert wurden! Denn daß diese Maßnahmen nicht mit dem Einverständnis aller führenden Kader der Bürokratie getroffen wurden, scheint sicher. Handelt es sich doch um einen schwerwiegenden **Angriff auf die bäuerlichen Eigenparzellen**, die letzten Elemente der Privatproduktion in der Sowjet-Union, die immerhin z. B. 50 Prozent der sowjetischen Kartoffelproduktion auf sich vereinigen.

Dieser Angriff, den Stalin selbst nie zu unternehmen gewagt hat, wird von gewissen demokratischen Korrekturen an der landwirtschaftlichen Planung sowie von der Weisung begleitet, größere Vorschüsse in Geldform an die Kolchosfamilien auszahlen zu lassen. Außerdem wird von nun an die noch zugelassene Ausdehnung der Einzelparzelle an die tatsächlich auf dem Kolchos geleistete Arbeit gebunden. Aber man darf nie vergessen, daß das gesamte, aus der Arbeit auf dem Kolchos einem Bauern zufließende jährliche **Geldeinkommen** verschwindend gering ist, — nach Chruschtschews eigenen Angaben weniger 1000 Rubel pro Jahr, d. h. soviel wie der **Monatslohn** eines hochqualifizierten Arbeiters! So lange diese Einkünfte nicht verdrei- und vervierfacht werden (was heute unmöglich ohne starken inflatorischen Druck auf den Preis der industriellen Konsumgüter zu verwirklichen ist!), wird der Bauer immer noch auf seine Eigenparzelle als dem wichtigsten Mittel zur Deckung des unmittelbaren Lebensbedarfs blicken. Jeder Angriff auf diese Parzelle erscheint ihm daher als ein schwerer Schlag gegen seine Existenz. Man kann daher in den kommenden Monaten mit teilweise scharfen Reaktionen der Bauernschaft auf diese Maßnahmen rechnen. Das Durcheinander des landwirtschaftlichen Kurses Chruschtschews wird dadurch nur umso mehr unterstrichen.

Die Lohnfrage

Eines der zentralen Themen des XX. Parteitags war zweifellos das Problem der Erhöhung des Lebensniveaus der Arbeitermassen. Unter den

gegebenen Kräfteverhältnissen zwischen den Schichten der Sowjetgesellschaft wird dies auch in den kommenden Jahren so bleiben. In Wirklichkeit vollzieht sich eine **scharfe Diskussion** um diese Fragen, seitdem der „Neue Kurs“ die Sowjetfabrik erreicht hat.

Wir wollen hier nicht im einzelnen auf die Unzulänglichkeit des 6. Fünfjahresplans in einer Reihe wichtiger Punkte eingehen. Das entscheidende Beispiel ist hier das der **Wohnungsnot**. Das Projekt, 205 Millionen Quadratmeter Wohnraum im Laufe des 6. Fünfjahresplans zu bauen, bedeutet bei einem Minimum von 30 Quadratmeter pro Wohnung bestenfalls 6,8 Millionen neue Wohnungen; in Wirklichkeit sprechen sowjetische Quellen nur von 4,5 Millionen neuen Wohnungen. Dies bedeutet eine jährliche Rate von 900.000 neuen Wohnungen für eine Bevölkerung von 200 Millionen Menschen, die mit der jährlichen Baurate von 550.000 Wohnungen für die 50 Millionen Einwohner der kapitalistischen Deutschen Bundesrepublik zu vergleichen ist! Auch wenn man noch einige Hunderttausend von den Bauern aus eigenen Mitteln errichtete Höfe hinzuzählt, bleibt die Disproportion zwischen dem Plan und den vorhandenen Bedürfnissen (die in der S. U. noch größer sein mögen als in der Bundesrepublik) erdrückend.

Es ist aber entscheidend, die Aufmerksamkeit auf die wichtigste Frage zu konzentrieren, die im Zusammenhang mit der Lebenshaltung der Arbeiterschaft auf dem XX. Parteitag behandelt wurde, nämlich auf die **Lohnfrage**.

Seit einigen Jahren fordert ein Flügel der Bürokratie eine Gesamtrevision des ganzen Lohngefüges. Diese Forderungen wurden in den Entschlüssen des Plenums des Z. Ks, der KPdSU vom Juli 1955 sozusagen kodifiziert. Sie sehen vor, inflationistische Tendenzen dadurch zu bekämpfen, daß eine raschere Steigerung des gesamten Lohnfonds als die Steigerung der Produktivität von nun an unterbunden wird. Dazu sollen das progressive Prämiensystem abgeschafft und die Normen bei gleichzeitiger bedeutender Erhöhung der Tariflöhne stark hinaufgesetzt werden. Der Tariflohn soll von nun an wieder zum Hauptbestandteil des Gesamtlohns werden, der im Falle bestimmter Kategorien (Bergarbeiter, Stahlarbeiter usw.) sogar etwas gesenkt werden soll.

Wie wir vorausgesehen haben (siehe „Quatrième Internationale“ Nr. 11—12, Dezember 1955), stieß dieses Projekt auf den erbitterten Widerstand eines Großteils der Arbeiterschaft. Das Abschaffen des Stachanow-systems und der Prämienjägerei ist wohl den meisten Arbeitern sympathisch, jedoch nur unter der Bedingung, daß sich ihre Gesamtlage dadurch verbessert, nicht aber verschlechtert. Dieser Widerstand hat u. a. die Form von Lohnforderungen für die schlechter bezahlten Arbeiterschichten angenommen, wie Bulganin dies in seinem Referat auf dem XX. Parteitag zugibt.

Obwohl der Text des 6. Fünfjahresplans ursprünglich nichts über diese Probleme enthält, wurden auf dem XX. Parteitag drei verschiedene Thesen zur Lohnfrage vertreten.

Die erste widerspiegelt am deutlichsten die Interessen der am meisten privilegierten Schichten der Bürokratie (Trust- und Fabrikdirektoren) und wurde u. a. von Bulganin und Kaganowitsch vertreten. Sie legt den Nachdruck auf die Revision des Lohngefüges, auf die Erhöhung der Normen, auf die vom Juli-Plenum beschlossene „Erweiterung der Rechte der Betriebsdirektoren“ (Bulganin) und fordert gleichzeitig die Verbesserung

des bestehenden Prämiensystems des „ingenieur-technischen Personals“, d. h. eine Erhöhung der Prämien der Bürokratie bei „Erfüllung und Übererfüllung des Planes“. Kaganowitsch sprach dies noch deutlicher aus, wenn er von der „Verstärkung der materiellen Interessiertheit des leitenden Personals der Werkabteilungen und Betriebe je nach dem Arbeitsergebnis“ sprach.

Die zweite Strömung, jene eines zentristischen Kompromisses zwischen den beiden extremen Flügeln, wurde vor allem durch Chruschtschew's Referat vertreten. Chruschtschew sprach in verschwommenen Worten von der Neuregelung des Lohn- und Tarifwesens, betonte die Notwendigkeit der Erhöhung der niedrigen Löhne, behandelte die Erhöhung der Normen überhaupt nicht und unterstrich nur den Kampf gegen die Gleichmacherei, wobei auch er, der die Erweiterung der Rechte der Direktoren nicht erwähnte, von der Notwendigkeit der Erhöhung der Prämien für das „leitende Personal“ sprach.

Die dritte Strömung, die vor allem durch Mikojan und in gewissem Grade auch von Woroschilow vertreten wurde, betonte weder die Erweiterung der Rechte noch die Erhöhung der Prämien der Direktoren. Sie behandelte weder die Erhöhung der Normen noch die Revision des Lohngefüges, sondern unterstrich ausdrücklich nur die Erhöhung der niedrigen Löhne und die Verkürzung des Arbeitstages. Dabei erklärte Mikojan, entgegen der offiziellen Parteidoktrin des „Kampfes gegen die Gleichmacherei“, folgendes:

„Jetzt da es bei uns eine hochqualifizierte, auf hohem kulturellem Niveau stehende Arbeiterklasse gibt, die sich Jahr für Jahr aus Absolventen der Sieben- und Zehnklassenschulen ergänzt, muß zwar ein Lohnunterschied bestehen bleiben, er wird jedoch kleiner; das ergibt sich aus dem neuen Stand unserer Entwicklung und bedeutet einen **Schritt vorwärts auf dem Wege zum Kommunismus**“.

Leider ist es keineswegs in der Praxis so, daß sich die Lohnunterschiede reduziert haben; im Gegenteil, die Beschlüsse des XX. Parteitags bezüglich der Verbesserung der Prämien des „leitenden Personals“ haben gerade die umgekehrte Folge. Daß aber zum ersten Mal seit 25 Jahren ein Führer der Sowjetbürokratie offen ausspricht, daß der **Weg zum Kommunismus der Weg zur Gleichheit ist**, ist von größter Bedeutung und bedeutet objektiv einen gewaltigen Schlag gegen die Privilegien der Bürokratie.

Man kann im Vorbeigehen feststellen, daß einer der wenigen Arbeiter, die auf dem XX. Parteitag das Wort ergriffen haben, N. M. Kusmin, Dreher aus dem Moskauer Werkzeugmaschinenbetrieb „Krasny Proletari“ (Roter Proletarier), die Lohnfrage mit folgenden bedeutsamen Worten behandelte:

„Die Erhöhung des Arbeitslohns, die Verkürzung des Arbeitstages, die Regelung der Rentenversorgung und vieles andere mehr, — alles das sind Maßnahmen, die unser Volk mit großer Genugtuung begrüßt“.

Offensichtlich gehören also die Erweiterung der Rechte der Betriebsdirektoren und die Erhöhung der Prämien für das „leitende Personal“ nicht zu den „vom Volk begrüßten Maßnahmen“...

Es ist weiters kennzeichnend, daß Kaganowitsch in seiner Rede unterstrich, die Revision des Lohngefüges koste viel Zeit und sei noch lange

nicht fertig. Fügt man dem hinzu, daß der XX. Parteitag eine Reihe wichtiger Zugeständnisse an die Arbeiterschaft gemacht hat — Verkürzung der Arbeitszeit; Erhöhung der Renten; Abschaffung des Schulgeldes für mittlere und höhere Schulen; die von Woroschilow angekündigte Revision der Arbeitsgesetzgebung; die Organisierung staatlicher Altersheime usw. — dann kann man sich ein Bild davon machen, wie stark der Druck des sowjetischen Proletariats ist, der heute die Spitzen der Bürokratie vorwärts peitscht.

In diesem Sinne hat der „Neue Kurs“ den sowjetischen Betrieb, den Arbeitsplatz noch rascher und vollständiger ergriffen als wir dies angenommen hatten. Ein unmittelbarer, gesellschaftlicher Kampf entwickelt sich dort zwischen Arbeiter und Bürokraten, nicht nur auf dem Gebiet der **Verteilung**, sondern ebenso auf dem Gebiet der **Verwaltung**. Auf diesem Feld wird die entscheidende Schlacht geschlagen werden, die zum Sturz der bürokratischen Diktatur führen wird.

Die politische Auswirkung dieses Kampfes läßt sich heute bereits Schritt für Schritt verfolgen. Sie fängt an, die Masse der sowjetischen Kommunisten, aber auch die Bürokratie selbst politisch zu differenzieren. Der Umfang der Wirtschaftserfolge des 6. Fünfjahresplans wird diesem politischen Kampf eine nur noch ungestümere Form verleihen.

Bevor Stalin stürzt, wird er vor allem versuchen, die besten Elemente des Staatsapparates zu vernichten. Der Roten Armee hat er jedenfalls einen furchtbaren Schlag zugefügt. Als Folge der neuen Justizfälschungen ist sie um einige Köpfe kleiner geworden. Moralisch ist sie bis auf den Grund erschüttert. Die Interessen der Landesverteidigung sind den Interessen der regierenden Clique geopfert worden.

Leo Trotzki, 1937, Stalins Verbrechen, S. 347

Stalins Vernichtung vieler militärischer Kader und politischer Kämpfer während der Jahre 1937—1939 infolge seiner krankhaften Verdächtigungen und verleumderischen Anklagen hat sehr schwerwiegende Folgen gehabt, vor allem anfangs des Krieges. Während der genannten Jahre wurde ein Teil der Kader buchstäblich von der Ebene der Kompanie- und Bataillonskommandeure aufwärts bis zur höchsten militärischen Führung zerschlagen. In dieser Zeit wurde der militärische Führungskader, der Erfahrungen in Spanien und im Fernen Osten gewonnen hatte, beinahe vollständig liquidiert. Diese Politik der massenhaften Vernichtung der militärischen Kader hat die Disziplin der Armee untergraben... All das schuf zu Beginn des Krieges eine Lage, die eine ernste Gefahr für den Bestand unseres Vaterlandes bildete.

Chruschtschew, 1956,

Geheimbericht auf dem XX. Parteitag der KPdSU

HANS SCHREIBER:

Die Krise in der SED

Während in der Sowjetunion und den meisten „Volkdemokratien“ mit dem Abbau des Stalinkults auch eine neue, beweglichere Politik begann, ist in der DDR von Änderungen kaum etwas zu spüren. Der 16./17. Juni 1953, der ja auch auf Liberalisierungsmaßnahmen folgte, ist für die SED-Führung noch heute ein Schreckgespenst. Das erklärt das bisherige Verbleiben der SED in den starren Formen der letzten Jahre (z. B. im Vergleich mit Polen).

Das Nachhinken der SED zeigte sich bereits beim XX. Parteitag der KPdSU. Im Begrüßungstelegramm der SED war noch von der „Lehre Marx - Engels - Lenin - Stalin“ die Rede und in der Februar-Nummer der „Einheit“ (dem theoretischen Organ der SED) wurde in einem langen Artikel „verstärktes Studium“ der „Geschichte der KPdSU (B) — Kurzer Lehrgang“ gefordert — ausgerechnet zu der Zeit, da auf dem XX. Parteitag von diesem Märchenbuch abgerückt wurde.

Die wachsende Kritik der unteren Funktionäre zwang Ulbricht, zur Kritik an Stalin auf dem XX. Parteitag Stellung zu nehmen. Auf der Berliner SED-Bezirksdelegiertenkonferenz am 17. März erklärte er: „Wenn Genosse Stalin die Leninschen Normen so verletzt und außerdem bestimmte Fehler, bedeutende Fehler, in der Durchführung der Parteilinie gemacht hat, dann kann man nicht sagen, daß er zu den Klassikern gehört. Das bedeutet nicht, daß etwa alles das, was Genosse Stalin geschrieben hat,

als falsch erklärt würde... Stalin ist jetzt auf den Platz gestellt worden, der seiner Rolle und seiner Tätigkeit entspricht...“

Dieses verlogene Abrücken von Stalin schützte Ulbricht nicht vor der immer heftiger werdenden Kritik gerade an seiner Person durch die SED-Mitglieder. Das ZK war gezwungen, dazu Stellung zu nehmen und stellte sich in einer Erklärung vom 23. März schützend vor Ulbricht.

Auf der Ende März in Berlin zusammengetretenen 3. Parteikonferenz der SED wurden die entscheidenden Fragen (besonders im Zusammenhang mit der Rolle Stalins) vom ZK durch das Hervorkehren des Primats der Wirtschaftspolitik, der Aufgaben des 2. Fünfjahresplanes oder der Aktions-einheit mit der SPD abgebogen. Den 2200 Delegierten wurde zwar lang und breit von den Erfolgen beim „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR erzählt. Über die brennenden Probleme der SED aber ging man stillschweigend hinweg.

Lediglich der Schriftsteller Willi Bredel zog aus dem XX. Parteitag eigene Schlußfolgerungen und gab auf der Konferenz auch als einziger zu, daß es „durch die auf dem XX. Parteitag der KPdSU aufgeworfenen Probleme nicht wenige und keine unbedeutenden Auseinandersetzungen in unserer Partei und mit unseren Werktätigen“ gab. Bredels Ausführungen widerspiegeln die Massenstimmung in der SED. Er übte auch eine vorsichtige Kritik an Ulbricht:

„Wenn unsere jungen Genossen Stalin Seite für Seite und Wort für Wort in sich aufgenommen haben, ist das dann ihre, und zwar ihre alleinige Schuld? Ist es nicht auch und vor allem unsere Schuld, die der älteren Generation? Das Parteistudium ist doch so, wie der Genosse Ulbricht es geschildert hat, kritiklos viele Jahre durchgeführt worden. Wir sollten, so meine ich, jetzt weniger die jungen Genossen dafür auslachen, sondern etwas mehr Selbstkritik üben.“

Bredel ging so weit, die bisherige SED-Schulung als „geistige Massenübungen“ zu bezeichnen und meinte, daß „die Zeit, in der Dogmatiker und Scholastiker den Reichtum an Schaffensmöglichkeiten einengten“, vorbei sei. Die heftige Kritik, die Bredel (der alter Kommunist ist) daraufhin einstecken mußte, hat ihn wohl von der Voreiligkeit seiner Worte rasch überzeugt.

Doch Bredel war, wie gesagt, auf der 3. Parteikonferenz der einzige, der aus der Reihe tanzte. Trotzdem hinterließ auch auf der Konferenz die heftige Kritik am 1. Sekretär Ulbricht deutliche Spuren. Fast alle Politbüro-Mitglieder sahen sich gezwungen, Ulbricht zu verteidigen. So sagte Schirdewan, daß der „Versuch“ der „Feinde“, die „großen Leistungen des Genossen Ulbricht ... zu schmälern“, entschlossen abgelehnt werde.

Der Versuch, die Angriffe auf Ulbricht einzugestehen, sie aber dem Feind in die Schuhe zu schieben, wurde auch vom Vorsitzenden der Kontrollkommission Matern wiederholt. „Unter der Führung der Partei und ihres ZK wurde der prinzipiell richtige Weg beschritten... Wenn der Feind die Haßkampagne gegen unsere Partei führt und das Feuer besonders gegen den Genossen Ulbricht richtet, dann fühlt er die Stärke unserer

Partei und ahnt er den Anteil des Genossen Ulbricht an der Herausarbeitung der richtigen Politik im Führungskollektiv unserer Partei.“

Trotz aller dieser Verschleierrungsversuche auf der 3. Parteikonferenz durchlebte und durchlebt die SED eine schwere politische Krise.

Deutlicher Ausdruck dieser Krise war eine lange Erklärung des Politbüros, die unter der Überschrift „Die leninistische Geschlossenheit unserer Partei“ am 29. April im Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ veröffentlicht wurde. In dieser Erklärung wird zugegeben, daß die Verurteilung des Personenkults durch die KPdSU „einen tiefen Widerhall“ in der SED gefunden hat. Nach langen Ausführungen und Zitaten von Marx, Engels und Lenin gegen den Personenkult (die natürlich zu Stalins Lebzeiten von der SED genau so totgeschwiegen wurden wie von der KPdSU) kam das Politbüro zu der überraschenden und verlogenen Feststellung: „Dennoch muß unsere Partei erklären, daß trotz objektiv gegebener Möglichkeiten für das Entstehen des Personenkults in dieser Zeit in unserer Parteiführung es keine solchen Auswüchse gegeben hat.“ Die Herausstellung von Ulbricht, Pieck und Grotewohl sei nur ein „wichtiges Symbol“ gewesen. Daß die Parteimitglieder die Sachlage richtig erfaßt haben und solchen Tönen nicht glauben, zeigt ein Angriff gegen „anarchistische Anschauungen“ durch das Politbüro:

„So haben z. B. einige Studenten die Propaganda einiger Agenturen unterstützt, indem sie deren demagogische und hinterhältige Forderungen übernahmen, daß die Führung der Partei in direkter Wahl bzw. in Urabstimmung gewählt werden müsse.“

Das Eingeständnis solcher Forde-

rungen und Diskussionen in der SED zeigt, daß eine starke, wenn auch noch unorganisierte und keineswegs zielklare Opposition in der SED vorhanden ist.

Besonders die jungen, im Sinne Stalins erzogenen Mitglieder nahmen rasch die Diskussion in der Partei auf. Nachdem einige zunächst Stalin verteidigten (Ulbricht selbst brachte ein Beispiel; ein junges SED-Mitglied erklärte: Ich bin von Stalin erzogen, ich glaube ihm), schlug die Kritik rasch um und wandte sich gegen die stalinistische SED-Führung und ihre Methoden. Bis zur Kritik an der stalinistischen Politik war dann nur ein kleiner Schritt. Auf öffentlichen Jugendforen wurden z. B. die Fragen gestellt: „Es gibt führende Funktionäre, die früher Stalin lobten und heute gegen ihn sprechen. Wie soll man ihren Worten glauben? Müßten sie heute nicht abgesetzt werden? Ich denke z. B. an Walter Ulbricht?“ Andere fragten, warum Stalin 1939 einen Freundschaftspakt mit Hitler abgeschlossen habe, wo die Opfer der Stalinischen Säuberungsprozesse geblieben seien usw. usf. Solche Fragen spiegeln die Stimmung unter der Jugend deutlich wider und sind ein Beispiel für die Schwierigkeiten, mit denen die SED-Führung innerparteilich zu kämpfen hat. Auch davon ist einiges bekanntgeworden.

So gab es in der alten sozialistischen Hochburg Leipzig leidenschaftliche Diskussionen, zu denen selbst das SED-Organ „Leipziger Volkszeitung“ Stellung nehmen mußte. Am 5. Mai schrieb sie: „Unter dem Deckmantel des Rechtes auf Kritik, das jedes Parteimitglied hat, wurden von einigen Genossen z. B. an der Landwirtschaftlich-gärtnerischen Fakultät der Karl-Marx-Universität, an der DHfK (Sporthochschule), an der

Henriette-Goldschmidt-Schule und an der Herder-Oberschule feindliche Ideologien verbreitet.“ Die Zeitung spricht von „Schwankungen“ der Parteimitglieder, besonders an den Hoch- und Fachschulen, die „mit dogmatischer, dem Marxismus fremder Auslegung versuchten, der Partei eine Diskussion aufzuzwingen.“

Diese Auslassungen der SED-Zeitung sind deutlich genug und zeigen, daß gerade an den Hochschulen die Diskussion um den „Personenkult“ schnell auf grundsätzliche Probleme des Stalinismus übergriff. Das gilt nicht nur für Leipzig. Am 2. Mai schrieb das SED-Organ für Halle, „Freiheit“:

„Unter dem Deckmantel dieses obersten Entwicklungsgesetzes unserer Partei (Kritik und Selbstkritik, H. S.) unternahmen einige Genossen spießhafte und demagogische Ausfälle gegen die ideologische und organisatorische Einheit und Reinheit der Partei... Der Genosse Blume, Oberassistent an der Technischen Hochschule für Chemie, versuchte z. B., Genossen, die jahrzehntelang an der Spitze der Partei stehen, die tausendfach erprobt sind... zu schmähen... Da stellt der Genosse Assistent Baehr, unterstützt von dem Genossen Löwe, den Antrag, einem gewählten Mitglied der Bezirksleitung der Partei das Schlußwort zu entziehen, weil angeblich die strittigen Fragen ja doch nicht klar seien...“ Stellt man diese — sicher nicht allein stehenden — Beispiele der Kirchhofsruhe und „Einstimmigkeit“ stalinistischer Parteien noch vor ganz kurzer Zeit gegenüber, so erhält man eine Vorstellung von der Bewegung, die der XX. Parteitag hier auslöste. Die Beispiele beweisen, daß trotz aller Versuche der stalinistischen Führung, die Diskussion abzuwürgen, die Entthronung Stalins in der DDR einen

Widerhall gefunden hat, der für das ZK der SED sehr bedrohlich ist. Der 16./17. Juni ist in der Arbeiterklasse lebendig geblieben und die neuen Diskussionen wecken sicherlich Erinnerungen und Überlegungen. Dabei stehen die neuen Diskussionen fest im Rahmen der Forderung des 17. Juni: *Keine kapitalistische Restauration, sondern Erhaltung der Verstaatlichung usw., aber Kampf für politische Freiheit, gegen die Bürokratie, gegen die Herrschaft der SED, und innerhalb der SED: Demokratisierung!*

Die Reaktionen der stalinistischen Parteien der westlichen Länder vergrößern die Zwangslage der SED-Führung. Obwohl die SED-Presse peinlich vermeidet, auf diese Dinge einzugehen (das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ brachte nur eine kurze Zusammenfassung des Togliatti-Interviews, ohne im geringsten auf die „Kritik“ an Chruschtschew einzugehen), sickern diese Unstimmigkeiten auch in die SED durch und erhöhen die Unruhe in der Mitgliedschaft. Die unbestätigte Meldung, daß Ulbricht in der Leipziger „Karl-Marx-Universität“ ausgepiffen wurde, läßt den Vulkan ahnen, auf dem Ulbricht sitzt.

Die Gegenmaßnahmen der SED sind keineswegs originell. So ordnete das ZK u. a. an, daß die SED-Parteiversammlungen nicht mehr öffentlich sind. Damit sollen die innerparteilichen Kämpfe aufgefangen werden und vor allem nichts mehr vom Zwiespalt nach außen dringen. Außerdem hat Justizminister Hilde Benjamin wieder mit härteren Strafen gedroht, um die Arbeiter einzuschüchtern. Keine Frage, daß beide Maßnahmen ein Stoß ins Leere sind und die Auseinandersetzungen eher fördern als hemmen.

Gegenüber dieser auffälligen Krise der SED scheint in der west-

deutschen KP Ruhe zu herrschen. Zumindest von außen sieht es so aus, als könnten selbst die jüngsten Ereignisse die seit Jahren dauernde Lethargie der KP nicht ändern. Als einzige stalinistische Partei des Westens hat die westdeutsche KP noch mit keinem Wort zu Chruschtschews „Geheim“-Rede Stellung genommen oder etwa eine Erklärung ähnlich der Togliattis oder der anderen stalinistischen Parteien gegeben.

Das ist ein deutlicher Beweis für den ideologischen und politischen Tiefstand der KPD. Durch öffentliche Versammlungen mit Tanz und Kabarett, bei denen die Redner sorgfältig allen brennenden Parteifragen ausweichen, sucht die KPD die Krise des Stalinismus zu vertuschen.

Andererseits ist die KPD durch die Veröffentlichungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Blätter gezwungen, ihren Mitgliedern wenigstens einige Brosamen für die Diskussion zu reichen. So kam es zum erstenmal zu der paradoxen Situation, daß die westdeutsche KP weitergehen mußte als die SED und im Zentralorgan „Freies Volk“ das Togliatti-Interview veröffentlichte. Das geschah mit der bemerkenswerten Begründung: „Da es die Praktiken der bürgerlichen Agenturen nicht ratsam erscheinen lassen, unsere Leser an diesen Quellen zu informieren, hat die Redaktion alles in ihren Kräften stehende getan (!), um... den Originaltext des Interviews zu veröffentlichen.“

Alle Verschleierungsversuche können nicht verhindern, daß in den „Parteiaktivsitzungen“ usw. verschiedene Meinungen auftauchen. Dabei ist es für den Zustand der KPD bezeichnend, daß die kritischen Stimmen gegen den Stalinismus auch in seiner heutigen Form, die in der SED einen breiten Raum

einnehmen, in der KPD kaum vorhanden sind. Trotzdem sind nicht alle KPD-Mitglieder und Funktionäre mit der unter der Hand verbreiteten „offiziellen“ Ansicht einverstanden, die Stalin-Kritik habe nicht früher kommen können, da wichtigere Probleme vorlagen, erst heute sei man stark genug, dem „Feind“ mit dieser Kritik keine Handhabe zu bieten usw. usw.

Bei einem Teil der Mitglieder herrscht die Tendenz vor, zuzugeben, daß „Fehler“ gemacht wurden, doch führt das nicht selten zu völliger politischer Passivität, da „niemandem mehr zu glauben“ sei.

Es gibt sogar Stimmen, die Chruschtschew vage kritisieren und Stalin weiter loben, die Überkommen mit Jugoslawien und dem „Faschisten“ Tito aber für „geschickte Taktik“ halten. Zweifellos kommen von dieser Seite die angeblich in der KPD zirkulierenden Schreiben, die von „Ruhm und Größe Stalins“ faszeln.

Doch das alles sind Randerscheinungen. Bei den heutigen Resten der einst so starken KPD ist nur eine ganz langsame Auflockerung zu spüren. Das liegt nicht nur an der zusammengeschrumpften Zahl der Mitglieder und ihrem Niveau (dem fast völligen Fehlen von Jugend!), sondern auch an dem hohen Prozentsatz der hauptamt-

lichen Parteiangestellten, die von ihrer jahrelangen Einstellung, abzuwarten, was die SED tut, um nicht „schiefe“ zu liegen, nur langsam abkommen. Dadurch hat es die KPD-Führung, obwohl sie keine staatlichen Druckmittel anwenden kann, relativ einfacher als Ulbricht und das ZK der SED. (Die ständig über der KPD schwebende Verbotsdrohung und die Verhaftungen in ihren Reihen sind natürlich Mittel der Demagogie für den Parteivorstand, der damit für die „Geschlossenheit“ operiert.)

Dagegen sieht sich die SED-Führung in Erinnerung an den 16./17. Juni 1953 vor weit ernstere Fragen gestellt.

Die Ulbricht-Clique, die noch weniger als alle andern stalinistischen Führungen eine Massenbasis besitzt, fürchtet daher schon Diskussionen über den „Personenkult“, die sich rasch gegen die stalinistische Bürokratie überhaupt ausweiten. Die SED-Leitung stemmt sich aber auch gegen jede Änderung der Politik, da sie immer noch befürchten muß, vom Kreml fallengelassen zu werden und dann (z. B. bei freien Wahlen) ihr politischer Bankrott offensichtlich würde. Das ist der Grund für das Zurückbleiben der DDR bei der Abkehr von der Stalin-Ära. Doch zeigt die Krise der SED, daß Ulbricht wohl bremsen, aber keinesfalls die Entwicklung aufhalten kann.

In dieser Nummer

finden unsere Leser die Bezugspreise sowie die Einzahlungsmöglichkeiten für den Bezug der „internationale“ angegeben. Wir ersuchen unsere Leser um Beachtung dieser Anzeige!

Entscheidende Fragen der kommunistischen Politik

Unmittelbar nach dem XX. Parteitag der KPdSU richtete die IV. Internationale einen Offenen Brief an die Mitglieder der kommunistischen Parteien. Wir entnehmen diesem Brief die folgenden Abschnitte über drei entscheidende Fragen der kommunistischen Politik.

Arbeiterparteien und Arbeiterstaaten

Niemand bestreitet der Regierung der USSR das Recht auf Abkommen, auf Kompromisse mit den imperialistischen Staaten, gestern mit Hitler, heute mit den USA, um ihr Territorium zu verteidigen und um Aggressionen zu entgehen. Ebenso kann niemand den sowjetischen Staatsmännern das Recht auf diplomatische Manöver absprechen, um zu versuchen, wenigstens zeitweise die bürgerlichen Politiker zu neutralisieren. *Unzulässig ist jedoch, daß die Politik der internationalen Arbeiterbewegung, die Politik des Proletariats in jedem Land — auch in den Arbeiterstaaten — den an sich berechtigten diplomatischen Manövern der USSR als Staat untergeordnet wird.*

Die USSR kann in der UNO Projekte für die Abrüstung vorbringen, um die kapitalistischen Länder zu zwingen, sich zu demaskieren. Aber die kommunistischen Parteien dürfen nicht dafür aufrufen, wie sie es tun. Das bedeutet nämlich, Illusionen in den Massen über die Möglichkeit zu säen, die Entwaffnung der Bourgeoisie ohne revolutionären Kampf um die Erringung der Macht zu erreichen. Der Sowjetstaat kann freundschaftliche Beziehungen zu Nehru unterhalten. Es ist jedoch unzulässig, daß dies die Zusammenarbeit der indischen KP mit Nehru, d. h. mit dem Vertreter der indischen Bourgeoisie, nach sich zieht. Die Politik einer KP, einer echt leninistischen Partei, darf sich nicht automatisch der Sprache und den diplomatischen Manövern der USSR gleichschalten. *Sie darf vor allem niemals das Terrain des Klassenkampfes, des Kampfes um die Macht — auch gegen die der USSR zeitweilig „freundschaftlich“ gesinnten bürgerlichen Regierungen — verlassen.*

Die „Neuen Wege zum Sozialismus“

Chruschtschew, gefolgt von den anderen sowjetischen Führern, hat den kommunistischen Parteien eine neue Gabe überreicht:

„Zugleich hat die Arbeiterklasse in einer Reihe kapitalistischer Länder unter den gegenwärtigen Verhältnissen die reale Möglichkeit, die überwältigende Mehrheit des Volkes unter ihrer Führung zu vereinigen und den Übergang der wichtigsten Produktionsmittel in die Hand des Volkes zu sichern. Die bürgerlichen Rechtsparteien und die Regierungen, die von ihnen gebildet werden, erleiden immer öfter Fiasko. Unter diesen Umständen ist es der Arbeiterklasse möglich, wenn sie die werktätige Bauernschaft, die Intelligenz, ja alle patriotisch gesinnten Kräfte um sich scharf, wenn sie ferner den opportunistischen Elementen, die nicht imstande sind, die Politik des Paktierens mit den Kapitalisten und Gutsbesitzern aufzugeben, eine entschiedene Abfuhr erteilt, den volksfeindlichen, reaktionären Kräften eine Niederlage zu bereiten, eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie in ein Instrument des wirklichen Volkswillens umzuwandeln. In diesem Fall kann diese für viele hochentwickelte kapitalistische Länder traditionelle Einrichtung zu einem Organ wahrer Demokratie, der Demokratie für die Werktätigen, werden.“

Sogleich haben sich Thorez, Togliatti und die anderen KP-Führer mit dieser Ansicht Chruschtschews gleichgeschaltet, wie sie es 25 Jahre hindurch Stalin und ein Jahr Malenkow gegenüber geübt haben.

Dieser Beitrag Chruschtschews ist nicht im mindesten das Ergebnis einer theoretischen Arbeit auf der Basis von neuen Bedingungen im Vergleich zur Zeit Lenins. Er ist lediglich die empirische Konsequenz — hinsichtlich der Politik der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen und abhängigen Ländern — der „Thesen“ von der „Vermeidbarkeit des Krieges“ und der „friedlichen Koexistenz“.

Keinerlei Zweifel kann über die Ansicht von Marx und Lenin in dieser Frage bestehen. Das Proletariat kann die Macht nur auf revolutionärem Weg erobern, wenn es auch das Parlament für seine Agitation und Propaganda benutzen soll. Für das Proletariat handelt es sich übrigens nicht darum, „den bürgerlichen Staat zu erobern“ und ihn „in ein Instrument des Volkswillens zu verwandeln“, sondern darum, dieses jahrhundertalte Unterdrückungsinstrument zu zerbrechen und es durch einen völlig neuen Staatsapparat zu ersetzen, der die Selbstverwaltung des Proletariats garantiert. Im besonderen hat Lenin Jahrzehnte hindurch gegen die Reformisten polemisiert, die gerade die Idee unterstützten, die jetzt von Chruschtschew vorgebracht wird. Die Dokumente der ersten Kongresse der Komintern, inspiriert oder geschrieben von Lenin, bestehen mit äußerstem Nachdruck auf diesem entscheidenden Punkt der marxistisch-leninistischen Auffassung.

Kann man nun nicht erwidern, daß der Marxismus kein Dogma sei und sich auf die Erfahrung stützen müsse? Ganz recht, aber was lehrt die Erfahrung?

In der revolutionären Krise der Nachkriegsjahre von 1917/23 hat das Proletariat nur in Rußland als Ergebnis des Sieges der Oktoberrevolution die Macht erobern können. In den Ländern, wo sich das Proletariat vom Gängelband der Reformisten nicht freizumachen vermochte, hat es eine ganze Reihe von Niederlagen erlitten. Und in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, wie konnte denn die Macht durch die chinesischen Proletarier und Bauern erobert werden, wenn nicht durch einen revolutionären Krieg? Hat denn die Macht in Jugoslawien anders erobert werden können, als durch revolutionären Kampf? Wurde nicht auch in Vietnam die Hälfte des Landes der imperialistischen Herrschaft als Ergebnis eines bewaffneten Kampfes entrissen? Konnten sich in der Tschechoslowakei die Dinge derart entwickeln ohne außerparlamentarische Massenbewegung, die objektiv revolutionär war? Ebenso wenig sind in den anderen Volksdemokratien die herrschenden Klassen auf dem „parlamentarischen Weg“ beseitigt worden, sondern durch den Druck der Massen, durch die Anwesenheit der Roten Armee. In allen diesen Fällen war der Weg zur Machtergreifung der revolutionäre Weg, der Weg der Expropriation der Bourgeoisie, der Bildung eines neuen Staates, der Diktatur des Proletariats. Wohlverstanden, die Formen der Macht waren verschieden und ändern sich in Wirklichkeit je nach den Ländern und dem gegebenen Moment.

Der Gegenbeweis wurde in dem einzigen Fall geliefert, wo es eine parlamentarische Mehrheit in einem wichtigen Land gegeben hat, nämlich in England. Wenn die englische Bourgeoisie ihre Zustimmung dazu gegeben hatte, daß die Labour Party zur Macht komme, so deshalb, weil sie sehr gut das Programm und die Natur der Führung dieser Partei kannte, die grundsätzlich nie die Klassenstruktur der englischen Gesellschaft angreift. Die Dinge haben sich auch so entwickelt und nach einigen Jahren wurde der Labour Party der Abschied gegeben, nachdem sie in einer kritischen Situation die Macht der Bourgeoisie gerettet hatte.

Es gibt schließlich nach Kriegsende die Erfahrung der Ausübung der Macht gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien in Frankreich und in Italien. Auch hier, wo die Thorez und die Togliatti dazu beitrugen, daß der Kapitalismus, seine Wirtschaft und sein Staat wieder in den Sattel kamen, hat er sie entlassen, ohne ihnen für die erwiesenen Dienste auch nur zu danken. Die solcherart wiedererstandene kapitalistische Staatsmacht wandte sich dann gegen die Arbeiter. In diesen Parteien denken und sagen viele Aktivisten und alte Mitglieder wie Marty, daß man „den Bus versäumt hat“. Die Rede Chruschtschews ist also nichts weniger als ein neuer Beitrag zum Marxismus. Sie ist eher ein Beitrag, der an jenen Bernsteins um 1900

erinnert, den damals alle sozialistischen Parteien zurückwiesen. Chruschtschew will eine theoretische Pseudo-Rechtfertigung für eine neue Volksfront oder Drei-Parteien-Regierung für die französische und die italienische KP und andere kommunistische Parteien liefern, das heißt, für eine Kollaboration der Klassen unter der politischen Führung und nach dem Programm eines Flügels des Bürgertums. Würde diese Politik verwirklicht werden, so könnte sie nur zu neuen Niederlagen führen. Es gibt heute unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen keinen anderen Weg zum Sozialismus, als den des revolutionären Kampfes um die Macht.

Nicht nur die fundamentalen Lehren von Marx und Lenin, sondern alle Erfahrungen der letzten vierzig Jahre widerlegen die Behauptung Chruschtschews, der glaubt, mit derartigen Konzessionen an die Adresse des Kapitalismus die „friedliche Koexistenz“ sichern zu können.

Die kommunistische Internationale

Der Kongreß der KPSU gibt vor, „zu Lenin zurückzukehren“. Keiner der Parteiführer hat jedoch von der Grundfrage der kommunistischen Internationale gesprochen, als wäre sie nicht aktuell, als ob von nun an jede kommunistische Partei ihren eigenen Weg verfolgen könne. Die Auffassung von Marx und Lenin war sehr klar: der Kampf des Proletariats hat im Weltmaßstab koordiniert zu werden; die revolutionären Arbeiter haben sich in einer Weltorganisation zu vereinigen, in einer proletarischen Weltpartei. Es handelte sich für Marx und Lenin um ein grundlegendes Erfordernis. Es ist bezeichnend, daß am Tage nach der Oktoberrevolution Lenin und seine Genossen die Dritte Internationale gegründet haben, um den Sieg der Revolution im europäischen und im internationalen Maßstab zu sichern.

Bei vielen Aktivisten hat die Erfahrung der kommunistischen Internationale während der stalinschen Epoche sowie jene der Kominform eine negative Reaktion hervorgerufen, weil sie in einer Internationale eine Art bürokratischen Organismus erblickten, in dem eine Partei alle anderen beherrscht und ihnen in mechanischer Weise eine Politik aufzwingt, die nicht mit der konkreten Lage in den verschiedenen Ländern rechnet. Die kommunistische Internationale wurde jedoch von Lenin auf dem Boden des demokratischen Zentralismus errichtet und alle Parteien standen auf gleicher Basis. Eine revolutionäre Weltstrategie — im Gegensatz zur Weltstrategie des Imperialismus — entwickelt in gleicher Richtung und mittels einer internationalen Koordination des Kampfes des Weltproletariats, wobei die allgemeine und konjunkturelle Lage in jedem Land und innerhalb jeder proletarischen Bewegung in Betracht gezogen wird: das ist der leninistische Internationalismus, zu dem es zurückzukehren gilt.

Oesterreich nach den Wahlen

Die Wiener Börse begrüßte die neue österreichische Regierung, die wieder von Raab, dem Obmann der ÖVP, gebildet wurde, mit Kursanstiegen. Tatsächlich hat die Bourgeoisie allen Grund, mehr als zufrieden zu sein. Sie hat aus dem Wahlergebnis des 13. Mai viel mehr herausgeholt, als sie wohl selbst für möglich gehalten hat und in zwei entscheidenden Fragen bedeutsame Erfolge erzielt; in der Frage der verstaatlichten Industrie und in der Heeresfrage.

In der ersten Frage konnte sie einen wichtigen Schritt in Richtung der Realisierung ihrer auf Entstaatlichung zielenden Pläne machen. Die bisher einem SP-Minister unterstehende verstaatlichte Industrie wird seiner Kompetenz entzogen; an seine Stelle tritt die Gesamtregierung. Ein aus je drei Vertretern von ÖVP und SPÖ gebildetes Ministerkomitee unter Vorsitz des Bundeskanzlers fungiert als Aufsichtsrat. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, nämlich die Raabs. Die Erdölbetriebe werden in diese „Neuordnung“ einbezogen. Hingegen bleiben die verstaatlichten Banken wie bisher unter der Kompetenz des mit der ÖVP verbundenen Finanzministers Kamitz; sie werden nicht dem Ministerkomitee unterstellt. Kamitz hat auch schon verlauten lassen, wie er sich die „Schmälerung“ seines Machtbereiches vorstellt: durch Entstaatlichung der Banken.

In der nicht minder entscheidenden Frage des neuen Heeres buchte die Volkspartei einen ebenso wichtigen Erfolg: Heeresminister wurde Graf, wie Raab ein Mann der Dollfußära. Der ihm unterstellte SPÖ-Staatssekretär hat keinerlei Entscheidungsrecht, bleibt also bloße Verzierung. Vor einem Jahr noch versicherte die SPÖ-Führung, daß Graf für den Posten eines Heeresministers „überhaupt nicht in Frage komme“.

Diese bedeutsamen Erfolge holte die Bourgeoisie aus einem Wahlergebnis heraus, das keineswegs eine besondere Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses anzeigt. Wohl konnte diesmal die ÖVP bedeutend mehr Stimmen erhalten als die SPÖ und ihre Stellung als stärkste Partei zurückgewinnen. Die Kosten trug aber die zweite bürgerliche Partei, nämlich die neofaschistischen „Unabhängigen“ (oder „Freiheitlichen“), deren Basis zum größten Teil zur ÖVP abschwankte. Diese nahm den „Unabhängigen“ acht Mandate ab und erreichte beinahe die absolute Majorität im Parlament.

Das Gesamtstimmverhältnis zwischen den beiden bürgerlichen Parteien und den beiden Arbeiterparteien hat sich jedoch nicht verändert. Letztere erreichten diesmal zusammen sogar mehr Stimmen als je zuvor. Die SPÖ setzte ihren Vormarsch in der Provinz, wenn auch abgeschwächt, fort. Dagegen erlitt sie in Wien eine gewisse Stimmeneinbuße. Die gegen die Masseninteressen gerichtete Politik der SPÖ-Führung in verschiedenen Fragen (Heeresfrage, Wohnungsanforderungsgesetz, Erhöhung der Straßenbahnpreise in Wien, Sabotage des Straßenbahnerstreiks usw.) wirkten sich stärker aus, als vorauszusehen war.

Die kleine KPÖ verlor rund 15 Prozent der Stimmen; in wichtigen Industriezentren der Provinz stieg der Verlust auf 20 bis 30 Prozent.

Die durch die Dezimierung der „Unabhängigen“ gestärkte Stellung der ÖVP empfindet die Arbeiterschaft mit Recht als einen Schlag. Hatte doch die ÖVP selbst nicht mit einem solchen Erfolg gerechnet. Noch am Wahltag schrieb das Organ Raabs, daß der Stimmenunterschied zwischen ÖVP und SPÖ unbedeutend sein werde. Die verbesserte Stellung ihrer Hauptpartei ermuntert die Bourgeoisie zur Verwirklichung ihrer Pläne.

Daß aber die durch den Wahlausgang geschaffene Lage zu einer wirklichen Niederlage für die Arbeiterklasse geführt hat, das ist der Führung der SPÖ zuzuschreiben, die sich ohne jeden Versuch eines ernsthaften Kampfes den Forderungen der Bourgeoisie in den entscheidenden Fragen gebeugt hat.

Da die SP-Führung vor, während und nach den Wahlen ihr Festhalten an der Koalition verkündete, sah die ÖVP keinen Grund, in ihren Forderungen nachgiebiger zu sein. Als selbst während einer Krise in den Verhandlungen über die Regierungsbildung die SP-Führung die Massen nicht aktivierte, beharrte die Bourgeoisie umso hartnäckiger auf ihrem Programm. So errang sie die beiden wichtigen Siege, von welchen ausgehend sie nun ihre Pläne verwirklichen will: Aushöhlung der Verstaatlichung, verstärkte Ausbeutung und Niederhaltung der Arbeiterklasse.

Dem gegebenen Kräfteverhältnis nüchtern Rechnung tragend, hält die Bourgeoisie vorerst an der Koalition fest. Die SPÖ soll sich in der Koalition abnützen; Raabs „harter Kurs“ will ihr entsprechend zusetzen. Ist es einmal so weit, dann wird auch der schönste Koalitionspakt für die Bourgeoisie kein Hindernis sein, entschlossen zu handeln. Sie weiß, warum sie Graf zum Heeresminister gemacht hat.

Die SPÖ-Führung versuchte zuerst, ihre schändliche Kapitulation vor der Bourgeoisie zu bagatellisieren. So sprach Helmer von „einigen Abstrichen“, von „Kompetenzverschiebungen“. Tags darauf änderte sich jedoch der Ton: die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb von der „schmerzlichen Schmälerung“ des Einflusses der SP auf die verstaatlichte Industrie. Zweifellos hat die Kapitulation der Führung besonders bei der Arbeiterschaft dieser Industrien heftigen Unwillen erzeugt.

Wir mußten, behauptet die SP-Führung zu ihrer Rechtfertigung, einer „veränderten Situation“ Rechnung tragen; die Partei sei eben „im Verhältnis zu den Februarwahlen 1953 gegenüber der ÖVP zurückgeblieben“. Nun, wie hat denn die SPÖ, als sie 1953 zur stärksten Partei wurde, das Zurückbleiben des Gegners genutzt? Überhaupt nicht! Die SPÖ hat, schreibt allen Ernstes die „Arbeiter-Zeitung“ am 26. Juni, „keine außerparlamentarischen Positionen oder Machtmittel“. Das behauptet die Führung jener Partei, der beinahe die ganze Arbeiterklasse folgt, die die Führung der Gewerkschaften in der Hand hat und die die Massen nur zu rufen braucht, um die Bourgeoisie niederzuzwingen! Das sagt dieselbe Führung, die jahraus jahrein ihre verräterische Koalitionspolitik mit dem Hinweis auf die „entscheidenden Machtpositio-

ren“ begründet. Jetzt, da sich der Wert dieser Positionen, z. B. bei Verteidigung der Verstaatlichung, zeigen sollte, da gesteht die SPÖ-Führung zynisch ein, daß dieser Wert gleich null ist.

Die außerparlamentarische Kraft der Massen, die der SPÖ folgen, ist enorm und völlig intakt. Seit mehr als zehn Jahren haben die Massen keine ernste Niederlage erlitten. Die Vollbeschäftigung hat ihre Kraft noch erhöht. *Es ist allein diese ungebrochene Kraft der Arbeitermassen, die die Bourgeoisie fürchtet.* Nicht zufällig hat Raab am Tage nach der Wahl jene Sätze über die „Drohung mit der Strafe“, die angeblich „die Demokratie in Frage stelle“, an die Adresse der SP-Führung gerichtet. Nun, der Leitartikel der A.Z. gibt der Bourgeoisie zu verstehen, daß die Massenkraft, soweit es auf die SPÖ-Führung ankommt, auch weiterhin lähmgelegt bleiben soll. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sie selbst die Entfaltung dieser Kraft fürchtet!

Die Bourgeoisie kann also wahrhaftig zufrieden sein: *die SP-Führung ist bei der Koalition um jeden Preis angelangt, was nur heißt, daß sie sich unso rascher abnutzen wird.* Diesmal hat der Verzicht der SP-Führung auf den außerparlamentarischen Kampf der ÖVP den ersten Streich gegen die Verstaatlichung ermöglicht. Der weitere Verzicht auf diesen Kampf kann der Bourgeoisie nur neue Erfolge erbringen. Die SP-Führung wird sich so in den Augen der Massen immer mehr kompromittieren. Das will eben die Bourgeoisie. Raabs „Politik der Härte“ wird noch härter werden. Sie hat, wie die Wahl lehrt, die kleinbürgerlichen Wähler beeindruckt und hinter die ÖVP gezogen. Vor ihr ist auch, wie die Regierungsbildung zeigt, die Führung der SPÖ feige zurückgewichen.

Diese Führung denkt natürlich nicht daran, ihre Politik trotz der immer deutlicher werdenden Folgen zu ändern. Die „Lehre“, die sie aus dem Wahlergebnis zieht, lautet: Noch weiter nach rechts, „um die ehemaligen Nazi zu gewinnen.“ *Sie erkennt nicht, daß ihr hier die ÖVP auf jeden Fall den Rang ablaufen wird!* Die durch und durch verfaulte Denkart dieser Führung wird am besten durch den Ausspruch Pittermanns charakterisiert: „Zwischen ÖVP und SPÖ bestehen nur graduelle Unterschiede.“

Der Schlüssel zur Lage befand sich bei dieser Wahl in der Hand der KPÖ. Der Verzicht auf eigene Listen und die Aufforderung, für die SPÖ zu stimmen, hätte dieser zweifellos einen großen Vorsprung, wenn nicht die Mehrheit gebracht und so eine für den Kampf der Arbeiterklasse sehr günstige Lage geschaffen.

Die bürokratische Führung der KPÖ, die immer von der „Arbeitereinheit“ redet, begreift nicht, daß man heute, um das Ohr der sozialistischen Arbeiter zu gewinnen, die Einheit auf jener Ebene herstellen muß, die die sozialistischen Arbeiter immer noch als entscheidend ansehen: auf der Ebene der Wahlen. *Man muß heute eben sehr weit zurückgehen, um Anschluß an das Bewußtsein der sozialistischen Arbeiter zu finden.* Die politische Lage war für eine solche Wahltaktik ausgezeichnet: die Verteidigung der Verstaatlichung hätte eine solche Politik tief in das Bewußtsein der SP-Arbeiter geprägt und es ihrer Führung sehr erschwert, nach den Wahlen der ÖVP Konzessionen zu

machen. Bestätigte nicht das KP-Organ selbst die Richtigkeit der hier dargelegten Wahltaktik, wenn es die Stimmenverluste der Partei in der Provinz darauf zurückführte, daß viele Arbeiter diesmal für die SP stimmten, um die Verstaatlichung zu schützen? Von diesen Arbeitern hätte die KP-Führung lernen können, wäre sie dazu fähig. Nicht weniger bezeichnend ist, daß das gleiche Organ einen Leitartikel darauf verwendet, um zu beweisen, daß ein Verzicht der Partei auf eigene Listen usw. keinen Wahlsieg der SPÖ erbracht hätte. Dieser „Beweis“ bewegt sich natürlich ganz in den ausgefahrenen Geleisen parlamentarisch-reformistischer Überlegungen. Kein Hauch eines Kühnen, die Wirkungen eines einheitlichen Wahlkampfes auf die Massen wirklich erfassenden Denkens ist darin zu verspüren.

Haupteinwand der KP-Führung gegen die dargelegte Wahltaktik war, daß die „Opposition“ im Parlament erhalten bleiben müsse. *Aber ist für Kommunisten nicht die Klassenopposition in den Betrieben die wirklich entscheidende?* Und diese hätte sich durch die dargelegte Wahltaktik sofort als einheitliche Kampffront von SP- und KP-Arbeitern gebildet — und diese Einheitsfront wäre nicht beim gemeinsamen Stimmzettel stehen geblieben! Die von der KPÖ-Führung eingeschlagene Wahltaktik entspricht durchaus den Interessen der Außenpolitik des Kremls. Jedenfalls ist der Krembürokratie die „Neutralitätspolitik“ Raabs — auch im Sinne der „friedlichen Koexistenz“ mit der Weltbourgeoisie — sympathischer als eine revolutionäre Entwicklung in Österreich.

Trotz der verräterischen Kapitulation der SP-Führung vor der Bourgeoisie ist die Kraft der Arbeiterklasse bis heute nicht entscheidend geschwächt. Obwohl die Bourgeoisie eine bessere Ausgangsbasis für ihren weiteren Angriff auf die Verstaatlichung erhalten hat und ihren Staatsapparat durch die beschleunigte Aufstellung des neuen Heeres, das lediglich gegen den „inneren Feind“ bestimmt ist, zu stärken sucht, ist die Arbeiterklasse stark genug, um alle ihre Absichten zu durchkreuzen, ja sogar zum Angriff überzugehen. Neue Anschläge auf die Lebenshaltung der Massen drohen; die Arbeiterklasse hat sich noch nicht ihren Anteil an der Konjunktur erkämpft. Sie muß die Lähmung, in der sie von SP- und Gewerkschaftsführung versetzt wird, überwinden und den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnehmen, die es nur der Koalitionspolitik der SP-Führung verdankt, daß sie überhaupt noch an der Macht ist. Diese Politik muß ein Ende nehmen, bevor sie der Arbeiterklasse neue schwere Niederlagen einbringt. Es ist in erster Linie Aufgabe der bewußten sozialistischen Arbeiter, der verderblichen Politik ihrer Parteiführung entgegenzutreten und für eine *konsequente sozialistische Klassenpolitik, für den Bruch mit der Bourgeoisie, für die Entfaltung des außerparlamentarischen Kampfes bis zur Aufrichtung einer Alleinregierung der SPÖ* zu kämpfen. Es wäre die Pflicht einer wirklich kommunistischen Partei, den Kampf der sozialistischen Arbeiter für eine solche Regierung zu unterstützen. Denn eine solche Alleinregierung der SPÖ, entstanden aus einer Massenbewegung, getragen vom heißen Kampfwillen der Arbeiterschaft, die zum Sozialismus vorwärts will, wird unvermeidlich dazu getrieben werden, den Rahmen des kapitalistischen Regimes zu überschreiten.

f. m.

Zum Kampf der Arbeiter von Posen

Die Führung der polnischen KP mußte im Zuge der mit dem XX. Parteitag der KPdSU einsetzenden „Entstalinisierung“ in der Kritik an Stalin und in der Lockerung der bürokratischen Fesseln am weitesten gehen, um sich gegen die mächtige Massenopposition zu behaupten. Wie im Juni 1953 die Ostberliner, hat nun die Arbeiterschaft Posens zum Streik und zur Demonstration gegriffen, um ihre Forderungen durchzusetzen, letzten Endes aber den Kampf gegen die bürokratische Herrschaft aufzunehmen. Selbst die Warschauer Machthaber, die mit blutiger Gewalt antworteten, wagen nicht zu bestreiten, daß die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft berechtigt ist.

Keineswegs ausgeschlossen ist, daß eine vom Imperialismus unterstützte Untergrundbewegung die Arbeiteraktion auszunutzen versuchte. Natürlich rückt die Bürokratie diese Seite in den Vordergrund. Die Frage beginnt aber genau dort, wo sie für die Bürokratie aufhört. Der Imperialismus könnte niemals bei einer Aktion der Arbeiter einhaken, wenn diese nicht Grund hätten, sich gegen die bürokratische Willkür zur Wehr zu setzen. Nur dort, wo das bürokratische Kommando herrscht, wo die Bürokratie den Massen Opfer aufbürdet, sich selbst aber Privilegien sichert, nur dort kann die imperialistische Propaganda und Aktion auf Anklang bei den Massen hoffen. Es ist die bürokratisch-stalinistische, antileninistische Politik mit ihren Terrormethoden, die den imperialistischen Versuchen den Weg ebnet. War denn z. B. die stalinistische Politik nach dem Kriege mit ihren Massenaustreibungen, Demontagen, Reparationen, Okkupationen, Annexionen (Verletzungen des Selbstbestimmungsrechtes, das auch unter dem Sozialismus bestehen bleibt), mit ihren grausamen Polizeimethoden usw. nicht Wasser auf die Mühle des Imperialismus? Jeder klarschauende Arbeiter erkennt das, umso mehr, als heute Stalins engste Mitschuldige selbst ihren toten Herrn anklagen müssen.

Die Arbeiter von Posen, die jetzt blutige Opfer im Kampf zur Abschüttelung des bürokratischen Jochs brachten, haben nicht vergeblich gekämpft. Schon versichert die Warschauer Regierung, die die lokalen Apparate zu Sündenböcken macht, daß sie in der Lockerung der bürokratischen Fesseln fortfahren wird. Sie hofft so, der politischen Revolution, die sich gegen sie vorbereitet, zu entrinnen. Aber diese Revolution ist unausweichlich. Die Arbeiter Polens werden, wie die der anderen Arbeiterstaaten, es in ihrem Kampf zur Erringung bzw. Wiederherstellung der Räte-demokratie in Staat, Wirtschaft und Partei schon verstehen, die Versuche des Imperialismus, sich an ihre Aktionen anzuhängen, zu vereiteln.

Vergeblich sind auch die Spekulationen der Reformisten. Diese finden kein Wort gegen die imperialistischen Greuel in Algerien, Kenia, auf Zypern usw. In den kapitalistischen Ländern unterbinden sie die direkte Klassenaktion der Arbeiter. Für die Arbeiterstaaten hingegen entdecken sie ihr Herz für solche Aktionen. Sie preisen den Arbeitern in diesen

(Fortsetzung auf Seite 55)

„Am Beispiel Oesterreichs“

Zu Joseph Buttingers Buch über die Revolutionären Sozialisten *)

Auf lebendige und oft erschütternde Weise entrollt dieses Buch die Geschichte der nach der Februarkatastrophe 1934 entstandenen Partei der *Revolutionären Sozialisten Österreichs*, kurz RS genannt. Diese Geschichte beginnt knapp nach den Februartagen und reicht bis zum 7. Dezember 1941, dem Tage, an welchem sich die Auslandsvertretung der RS auflöst. Joseph Buttlinger, der den Parteinamen Gustav Richter führte, war von 1935 bis Ende 1941 der anerkannte Führer der Partei. Trotz des späteren Zusammenbruchs, den er durch seine Hinwendung zur politischen Passivität, zum „Nichtstun“, erleidet, behält sein Buch, das eine ebenso bedeutende wie tragische Periode der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung behandelt, seinen großen Wert.

Unser Raum reicht nicht hin, um auch nur die wichtigsten Fragen, die Buttingers Buch aufwirft, kritisch zu beleuchten. Die eingehende Analyse des Buches vom revolutionär-marxistischen Standpunkt aus bleibt daher weiterhin Aufgabe. Wir wollen hier nur kurz vier Fragen behandeln:

- die Ursache der Februarkatastrophe,
- Entstehung und Charakter der RS,
- die Haltung der beiden wichtigsten Führer der RS, Buttlinger und Podlipnig, in der Kriegsfrage und schließlich
- die Frage der Krise der sozialistischen Bewegung.

I.

Die Darstellung der Ereignisse des Februar 1934 beendet Buttlinger mit der Feststellung, daß die Schutzbündler und die in Streik getretenen Teile der Arbeiterschaft praktisch ohne wirkliche Führung kämpften. Das Versagen der Zentralen Kampfleitung war aber kein Zufall. In ihm spiegelt sich vielmehr die Tatsache wider, daß die Führung der Sozialdemokratie selbst bis zuletzt nicht an den Kampf glaubte, daß sie bis zuletzt immer noch auf eine Verständigung mit der Bourgeoisie hoffte. Wenige Monate vor dem Februar hatte sich diese Führung noch bereit gezeigt, sogar den „Ständestaat“ zu tolerieren, wenn nur die Gewerkschaften formell bestehen und der Partei einige Positionen im „Ständeparlament“ gesichert blieben! Es war die immer wieder vor der Bourgeoisie zurückweichende, nachgiebige, stets auf Versöhnung, auf Verständigung ausgehende Politik der Führung der Sozialdemokratie, die es der Bourgeoisie überhaupt ermöglichte, den Weg zur Niederschla-

*) Joseph Buttlinger, „Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung.“ Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln, 1953.

gung der Arbeiterklasse zu betreten. Diese Politik, für die Otto Bauer die Hauptverantwortung trug, hatte Jahre vorher — nachdem sie 1918 das bürgerliche Regime vor dem Ansturm der Massen gerettet hatte — der Bourgeoisie die Sanierung auf Kosten der Massen gestattet. Als dann 1929 die Weltwirtschaftskrise hereinbrach, hatte sie ebenso kampfflos der Bourgeoisie erlaubt, die Lasten der Krise den Massen aufzubürden. Otto Bauers Funktion bestand darin, diese Politik mit wechselnden scheinlinken „Theorien“ zu drapieren. Die passive, kleinbürgerliche Politik der Sozialdemokratie, die stets vor einem ersten Kampf zurückgewichen war, drückte auch dem Februarkampf ihren Stempel auf: nirgends wurde zur Offensive gegriffen, überall blieben die Schutzbündler in der Defensive.

Am 12. Februar „versagte“ der Generalstreik, zu welchem die Führung der SP im letzten Augenblick aufgerufen hatte. Die Arbeiter der Wiener Elektrizitätswerke begannen zu streiken, wodurch der Stillstand der Straßenbahnen herbeigeführt wurde. Bald zeigte sich jedoch, daß die Eisenbahner, deren Streik zweifellos das Signal für den Generalstreik gewesen wäre, nicht in den Streik traten. Warum dieses „Versagen“? Auch hier geht Buttinger nicht näher auf die politische Wurzel ein. Man muß aber daran erinnern, daß im Sommer 1933, wenige Monate vor dem Februar, als Dollfuß daranging, die Eisenbahner in seine „Vaterländische Front“ zu pressen, Partei- und Gewerkschaftsführung, anstatt den Kampf gegen Dollfuß aufzunehmen, den Eisenbahnern zum Beitritt geraten hatten! War es daher nicht begreiflich, daß die Eisenbahner angesichts dieser schändlichen Haltung ihrer Führung jedes Vertrauen in den Kampfwillen der Partei verloren und folglich am 12. Februar „versagten“?

Das „Versagen“ der Massen am 12. Februar 1934 hat ein anderes Versagen zur Voraussetzung gehabt: das Versagen der SP-Führung, das heißt, deren verräterische Politik der Koalition, des Bündnisses, der offenen oder verdeckten Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Jahrelang hatte diese Politik die Massen von Aktionen gegen die Bourgeoisie abgehalten, hatte sie solche Aktionen, wo sie sich dennoch entfalteten, unter dem Anschein des Mitgehens und Billigens in Wahrheit abgewürgt, wie am 15. Juli 1927. Im Februarkampf von 1934 zeigte sich die Frucht dieser Politik: die heroisch kämpfenden Schutzbündler blieben von den Massen isoliert. Buttinger spricht vom „Zusammenbruch einer Partei“ (S. 15 ff). Es brach aber nicht nur eine Partei, es brach die Politik zusammen, die den Weg dieser Partei bestimmte und zur Katastrophe des österreichischen Proletariats geführt hatte: die Politik der österreichischen Variante des Sozialdemokratismus, die Politik des „Austromarxismus“.

Der wahre verräterische Charakter des „Austromarxismus“ tritt in Buttingers Buch (trotz eines glänzend geschriebenen Kapitels über Otto Bauer) nicht mit aller Klarheit hervor: *Trotz seiner radikalen Sprache ging er nicht auf den Sturz Bourgeoisie, sondern auf die reformistische Zusammenarbeit mit ihr aus. Trotz oder gerade wegen seiner „radikalen“ Maske leistete der „Austromarxismus“ der österreichischen Bourgeoisie ausgezeichnete Dienste. Er sicherte die Herrschaft der Bourgeoisie manchmal noch besser als eine rechte Sozialdemokratie. Die Februarkatastrophe war nur der logische Schlußpunkt seiner Politik, die stets den Massenkampf gegen die Bourgeoisie zu einer Zeit, da er*

mit den größten Aussichten auf Erfolg geführt werden konnte, sabotiert und abgewürgt hatte, um ihn schließlich zu einem Zeitpunkt aufzunehmen, zu welchem die vergangene Verratspolitik bereits die Vorbedingungen für den Sieg der Gegenseite geschaffen hatte.

II.

Nach der Vernichtung der alten Partei im Februarkampf entstand die Partei der Revolutionären Sozialisten, die RS. Sie war das Werk von Schutzbundkämpfern, Jungfrontlern, Jungsozialisten, Arbeiterfunktionären, vor allem aber der „neuen Menschen“, einer „politisch hochentwickelten Arbeiterschicht“ wie Buttinger schreibt. Es gab Tausende solche „neuen Menschen“ in der sozialistischen Bewegung, in der sie eine Avantgarde bildeten. Zu ihnen zählten auch Buttinger und sein prächtiger Freund Podlignig. Sie alle wollten eine neue, eine revolutionäre Partei, frei von den Fehlern und Sünden der alten Partei.

Die anfangs an die Führung der Bewegung gelangten jüngeren Routiniers, sogenannte „Linke“, vermeinten dem ersten Erneuerungsdrang der besten Teile der alten Partei Genüge zu tun, wenn sie die neue Partei „Revolutionäre Sozialisten“ benannten und sich vorerst dem ins Abenteuerliche gehenden Aktivismus der Periode unmittelbar nach dem Februar anpaßten, anstatt ihm zu steuern.

Aber selbst Otto Bauer schwamm mit dem Strom! Knapp nach dem Februar schrieb er, es müsse Aufgabe der neuen Partei — deren Namen er übrigens monatelang verschwiegen — sein, „Massenkundgebungen auf der Straße“ zu ermöglichen. Er vertrat auch die „kurze Perspektive“, die das baldige Ende der Dollfuß-Diktatur verkündete. Um Massenaktionen möglich zu machen, brauchten nach Otto Bauer die Massen „nur zu wollen“! Vor der Katastrophe, als die Massen zu solchen Aktionen drängten, als dafür noch günstige Voraussetzungen gegeben waren, da hatte Otto Bauer stets tausend Gründe gefunden, um von solchen Aktionen abzuraten oder sie zu verhindern. Jetzt, nach der Katastrophe, da sollten die dank seiner Politik geschlagenen Massen „nur wollen“!

Unter dem Druck der nach links drängenden Anhänger der RS erklärte Bauer, Ziel der neuen Partei sei „nicht die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie, sondern eine revolutionäre Diktatur als Übergangsform zu einer echten sozialistischen Demokratie“. Dieser „Radikalismus“ hinderte ihn jedoch nicht daran, bereits im Herbst 1934 den neuen Parteinamen wieder zu beseitigen und zu beginnen, die alte Partei reinzuwaschen! Deren Politik sei „in der damaligen Lage“ richtig gewesen, schrieb er. Jetzt sei eben eine „neue Lage“ entstanden, die eine „neue, eine revolutionäre Politik“ erfordere. Im Herbst 1934 hatte Bauer jedenfalls die RS — die er nur als „stärkste Gruppe“ gelten ließ — in die „Vereinigte Sozialistische Partei“ verwandelt, deren Führung er in Händen hielt.

Sein Erfolg war jedoch von kurzer Dauer. Was ihm so oft in den Jahren vor dem Februar gelungen war: linke Strömungen durch anfängliches scheinbares Mitgehen abzufangen und wieder in das Bett der reformistischen Politik zu leiten — diesmal mißlang ihm das Manöver. Die Mitgliedschaft der RS begann zu rebellieren; die „neue Kritik“ erhob ihr Haupt. Von ihr getragen, und zugleich als ihr Wortführer, wird Buttinger — Gustav Richter — anfangs 1935 Vorsitzender der wieder-

hergestellten RS. Bald darauf wird sein Freund und Kampfgefährte Podlipnig in die Führung der RS berufen. Damit obsiegten die „neuen Menschen“ über den hervorragendsten Vertreter der alten Partei, über Otto Bauer. Das historische Verdienst der „neuen Menschen“ besteht darin, diesen Sieg gegen alle Widerstände und Bedrängnisse bis zur Auflösung der RS behauptet zu haben; ihre Tragik, daß sie dennoch nicht bis zu Ende gingen, daß sie Otto Bauer, dem „Austromarxismus“ im Grunde selbst dann noch verhaftet blieben, als sie mit ihm gebrochen hatten. Der „neue Geist“ hatte die „neuen Menschen“ noch befähigt, sich von der Vergangenheit zu befreien, er hatte sich jedoch in dieser Leistung erschöpft und war mit ihr erloschen, schreibt Buttinger (S. 601).

Ohne tiefe prinzipielle Kritik an der Politik der alten Partei, ohne programmatische Orientierung auf den revolutionären Marxismus-Internationalismus hin konnten die Revolutionären Sozialisten wohl zur Negation der Bauerschen Thesen und Politik gelangen. Sicherlich ergaben sich hier wertvolle Einzelresultate, wie z. B. die „lange Perspektive“, die Orientierung auf Kaderarbeit, der „Pessimismus“ der RS, der im Grunde ein besseres Verständnis des damaligen internationalen Kräfteverhältnisses zwischen Weltreaktion und Arbeiterklasse ausdrückte als es selbst bei Otto Bauer zu finden war.

Aber der Negation des „Austromarxismus“ folgte trotz Anläufen kein Übergang zum revolutionären Programm, zum revolutionären Internationalismus, der den unversöhnlichen Bruch mit der eigenen Bourgeoisie beinhaltet. Das verurteilte die RS zu einem zentralistischen Schwebestadium, der nicht von Dauer sein konnte. Sie wären schließlich dem sicheren Verfall preisgegeben gewesen. Doch eilten die Ereignisse diesem Prozeß voraus. Der unvermeidliche Sturz ins „Nichts“, ins „Nichtsein“, unvermeidlich, wenn nicht konsequent zum revolutionären Marxismus vorwärtsgeschritten wird — vollzog sich schließlich symbolisch am Führer der RS, an Gustav Richter selbst.

III.

In jenen furchtbaren Jahren zum revolutionären Marxismus vorzudringen, war allerdings nicht leicht. Es waren die Jahre des Triumphes der faschistischen Konterrevolution, des Abstieges der internationalen Arbeiterbewegung. In der USSR erreichte die bürokratische Reaktion ihren Gipfel und begann die verbrecherischen Moskauer Prozesse zu organisieren. Leo Trotzki wurde von ihr als „Agent Hitlers und des Mikado“ verleumdet.

Wie weit sich dennoch die fähigsten Führer der RS dem revolutionären Marxismus angenähert hatten, zeigt der schließliche Standpunkt Buttinger-Richters und Podlipnigs in der *Kriegsfrage*.

Beide verwarfen die von Otto Bauer verfochtene „jakobinische Kriegspolitik“, die von der These eines „Krieges der Demokratie gegen den Faschismus“ ausging. Richter erklärte, daß die „deutschen Sozialisten gar nichts tun könnten, um die Kriegsführung der Westmächte zu unterstützen“ und daß es ihre Pflicht wäre, „die Politik, die hinter dieser Kriegsführung stand, zu bekämpfen“. Er meinte weiters, daß „nur eine sozialistische Umwälzung Europa von Faschismus und Krieg befreien könne“ und daß der Sieg der Alliierten „in Europa den Weg zur Revolution verammeln werde“. Entschiedener noch sprach sich Pod-

lipnig aus, der Oskar Pollak und Otto Leichter, den Hauptvertretern des sozialdemokratischen Opportunismus, vorwarf, sich in ihrer Propaganda der reaktionären Politik der Westmächte anzubiedern, anstatt gegen sie anzukämpfen, daß sie „alles Heil von militärischen Siegen erwarten“ und vergessen hätten, „daß wir keine Macht ausüben können, die uns nicht durch den Willen und das Vertrauen der Massen zukommt“. Alles, was Pollak und Leichter wollten, sagte Podlipnig, ist, sich „in die Politik der Westmächte einzuschalten“ und nach dem Kriege „als revolutionäre Zaungäste der Sieger ins Land zurückzukehren“ (S. 591 ff.). Er, Podlipnig, meinte dagegen, „daß wir nicht Protektionskinder der siegreichen Mächte zu sein brauchen, um in der Heimat eine einflußreiche Partei zu werden“. Im Februar 1939 sprach er klar aus, es sei „erst zu beweisen, daß Hitler gegen ein von der Revolution ergriffenes Land leichter Krieg führen könne als gegen das von der Reaktion gelähmte heutige Frankreich“.

Mit ihrem Standpunkt in der Kriegsfrage hatten sich Richter wie Podlipnig vom sozialdemokratischen wie vom stalinistischen Opportunismus abgegrenzt und den Boden des revolutionären Marxismus betreten. Was ihnen nicht gelang, war — ausgehend von der errungenen Einsicht — sich fest mit dem revolutionär-internationalistischem Programm, wie es Leo Trotzki und die von ihm gegründete IV. Internationale vertraten, zu verbinden. Dennoch bleibt ihr Standpunkt in der Kriegsfrage eine geschichtliche Leistung, die inmitten der Periode der tiefsten Weltreaktion die Führung der RS dem revolutionären Gedanken näher denn je zuvor zeigte.

IV.

Sicherlich muß es Buttinger tief bedrückt, seine Zweifel zur Verzweiflung gesteigert haben, wenn er, nach dem Kriege nach Österreich kommend, die Nachkriegs-SPÖ am Werk sieht, wenn er sie mit der RS oder selbst mit der alten Partei vergleicht, wenn er sieht, daß ehemalige RS-Führer und -Kampfgenossen den Weg in den Apparat der Partei und auf hohe Posten im kapitalistischen Staat genommen, sich unter eine Führung begeben hatten, die den RS ferngestanden und den Februarkampf stets von rechts her kritisierte: man hätte den Kampf vermeiden müssen, Dollfuß entgegenkommen sollen usw. Es ist begreiflich, daß das alles in stande war, Buttingers letzte Hoffnungen zu zerstören. Nur wenige der ehemaligen Kampfgenossen hatten sich außerhalb des Apparats der SPÖ gehalten und sich nicht bereitgefunden, ihre Überzeugung einer Laufbahn als „Absolvent des Niedergangs“, wie Buttinger treffend sagt, zu opfern. Jetzt, nach dem Kriege, erwarten sie von ihm, daß er sie im neuen Kampfe für die Ziele der RS führe. Buttinger weist sie jedoch ab mit der Behauptung, daß es „heute niemanden gebe, der auf die fundamentalen Fragen des Sozialismus eine Antwort wüßte“ (S. 611). Damit zeigt er, daß er für die Aufgabe, die einmal für eine schwierige Periode in seine Hände gelegt worden war: ein Führer der österreichischen Arbeiterklasse zu ihrer endlichen Befreiung zu sein, untauglich geworden ist. Übermannst von Skepsis, erkennt er in der Aufforderung seiner früheren Kampfgefährten nicht mehr den alten Geist, der unverändert in ihnen lebt und dessen Wortführer er selbst einst gewesen, begreift er nicht die Zuversicht, die aus der Aufforderung seiner früheren Genossen spricht, den Kampf gegen die verderbliche

Im 14. Jahrgang erscheint

Quatrième Internationale

Organ des Internationalen Exekutivkomitees der IV. Internationale

Herausgeber: Pierre Frank, 64, rue Richelieu, Paris 2e

Erscheint vierteljährlich

The Fourth International

Organ der IV. Internationale in englischer Sprache

BCM / Fourth International, London, W. C. 1

Erscheint monatlich

Monatlich erscheint:

La vérité des travailleurs

Organ der P. C. I. (Section française de la IV. Internationale)

64, rue Richelieu, Paris 2e

Wöchentlich erscheint

The Samasamajist

Organ der Lanka Sama Samaja Party, Ceylon

(Sektion der IV. Internationale)

49 Driberg's Avenue, Colombo, Ceylon

Monatlich erscheint

Bandiera rossa

Organ der G. C. R. (italienische Sektion der IV. Internationale)

Casella postale 9084, Rom, Borghi

NEUERSCHEINUNG

Léon Trotzki

Écrits

1928—1940

Tome I, 372 pages, fr. 1000

Librairie Marcel Rivière et Cie., 31, rue Jacob, Paris (VIe)

„die internationale“

erscheint vierteljährlich. Abonnement vier Nummern jährlich
(exklusive Porto) S 12.—, DM 2.40

Bestellungen an Postamt Wien 82, Postfach 96